

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1.60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Zusätze für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr Vormittags** in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 281.

Dienstag, den 2. Dezember 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage

Nur nicht so hitzig!

Wenn irgend ein großwahnsinniger Mensch, der seinen Mangel an Wissen hinter dem Wust bombastischer Redensarten verbirgt, einen Theaterblitz gegen die Sozialdemokratie abfeuert und einen Donnerkeil aus Papiermaché folgen läßt, dann ist unter Umständen nötig, ihm doch einmal kräftig entgegenzutreten. In der Regel sind solche Begeisterer einer großen Kulturbewegung persönlich feige Subjekte, die nur hinter Wall und Graben das bisherige Bourgeois zu ihren Renommistereien anbieten können, groteske Figuren nach Art des Miles gloriosus (Prahlgans), der schon in der römischen Komödie verspottet wurde und noch heute in ergötzlichen Exemplaren frei herumläuft. Als so ein Miles gloriosus ist auch jener ehrenwerthe Herr einzuschätzen, der für das von den vereinigten Reaktionsären zusammengeschnorrte Bettelgeld jetzt mit 8 Millionen Broschüren und wieder einmal „zerschmettern“ will! Ein freisinniger Agitator birgt sich hinter dem anheimelnd gefälschten Namen Heinrich Bürger, ein Bekehrter aus der Werkstatt des ehrsamten Sozialistenbüblers Eugen Richter, ist der Verfasser des Nachwertes; Fränkel soll sein Name sein.

Von der Art dieses Fränkel sind auch, meint die „Sächs. Arb.-Ztg.“, die bürgerlichen Redakteure, die sich jetzt so hitzig gegen den „Vorwärts“ ereifern. Um sich die ganze Schamlosigkeit ihres Treibens zu vergegenwärtigen, muß man bedenken, daß doch der wegen angeblicher Kruppbelädigung von der Staatsanwaltschaft verfolgte Redakteur unseres Brudersblattes nur erst ein Beschuldigter, ein Angeklagter, aber noch lange kein Uebertäter und Verurtheilter ist. Es ist unanständig, vom kollegialen und vom allgemein menschlichen Standpunkte aus, einen Angeklagten zu schelten; aber die berufsmäßigen Verleumder, die in der bürgerlichen Presse auf die Sozialdemokratie dressirt sind, lassen allen Anstand zum Teufel fahren, damit ihre kümmerliche Muth nicht gefährdet wird. Um die Blamage der Reaktionsäre, die in der prompten Veröffentlichung des bekannten Geheimzirkulars lag, zu verdecken, kam ihnen der Fall Krupp just gelegen.

Aber sie sollten doch nicht allzu hitzig ins Gefecht gehen, wenn ihnen auch die Chancen günstig zu liegen scheinen. Scheinen, — nicht sind! Es ist unvorsichtig von ihnen, an den deutlichen Warnungen der „Berliner Neuesten Nachrichten“, eines dem verflorbenen Krupp gehörigen Blattes, vorbeizugehen, in denen ausführlich zu lesen stand, daß Krupp seit vier Jahren das Ziel festiger Angriffe geschäftlicher wie persönlicher Art aus anderen Kreisen als denen der Sozialdemokratie gewesen sei. Man brauchte in die Sache gar nicht tiefer eingeweiht zu sein, und konnte doch zwischen den Zeilen lesen, daß noch sehr pikante Enthüllungen zu erwarten seien. Und dem ist in der That so. Es hängt ganz von dem Eifer ab, mit dem man eine „Rettung“ versuchen wird, ob wenigstens ein Theil der von dem Berliner Kruppblatte angedeuteten Thatigkeiten zum Gegenstand der Erörterungen vor den Gerichten des Landes gemacht werden muß oder nicht. Wenn die Verteidigung sich zum Angriff auswächst, könnte mancher unter die Räder gerathen, der heute noch fest in Amt und Würden zu sitzen glaubt. Man hat Exempel von Beispielen! Der Presse, die sich heute in wüsten Angriffen gegen die Sozialdemokratie überbietet, ist demnach allen Ernstes anzurathen, doch nicht gar zu hitzig loszugehen. Sie könnte sonst eine bittere Enttäuschung erleben! Wenn nämlich erst jene Andeutungen der „Berliner Neuesten Nachrichten“ substantiirt werden, was auf Wunsch erfolgen kann.

Auch den weniger intelligenten Redakteuren der reaktionären Blätter sollte doch schon aufgefallen sein, daß sich die konservativen Blätter jetzt einer sehr deutlichen Zurückhaltung befleißigen. Die „Kreuzzeitung“ z. B. brachte die Nachricht vom Tode Krupps in drei Zeilen unter ihren „Bemerkten Nachrichten“. Warum? Fehlt es ihr etwa an der Lust, den Sozialdemokraten etwas anzuhängen, wenn sie dazu Gelegenheit zu haben glaubt? O nein! Aber die konservativen Blätter sind vorsichtig. Sie wissen vielleicht ebenso viel von den Internis der Affaire Krupp, wie Maximilian Harden, der in einem sehr bemerkenswerthen Artikel seiner „Zukunft“ mancherlei Beachtenswerthes ausstrahlt. Auf diese Dinge einzugehen, wird sich noch Gelegenheit bieten.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“

Berlin, den 29. November 1902.

Aus dem Reichstag. Die Jagd auf Hirsche, Rehe, Wildschweine, Hasen oder welche Hirschköpfe sonst augenblicklich keine Schonzeit haben, scheint den Junkern denn doch noch über die Jagd auf die Paragraphen der Ge-

schäftsordnung zu gehen. Sehr begreiflich. Das edle Wild, die Geschäftsordnung, hat sehr energische Schützer gefunden, die es den Junkern und Junkerengenossen sehr schwer machen, die ersehnte Beute zur Strecke zu bringen. So starb denn die Sonnabendtagung an Beschlusunsfähigkeit. Erster Gegenstand der Tagesordnung war die längst angekündigte Poleninterpellation. Sie wurde aber abgesetzt und auf den St. Nimmerleinstag vertagt. Graf Bülow, bei dem die dringliche Einladung des Abg. Schrader, sich einmal über den Antrag Kardorff zu äußern, nichts geirrt zu haben scheint, ließ durch seinen Grafen-Stellvertreter Posadowsky sich erst dann zur Verantwortung bereit erklären, wenn — die Erhebungen beendet sind. Was das heißt, weiß Jeder, der mit den Gepflogenheiten deutsch-preussischer Bureaucratie einigermaßen vertraut ist. Nach Abgabe der Erklärung verduftete Graf Posadowsky, der für Angelegenheiten der Geschäftsordnung ebensovwenig Interesse zu haben scheint, als der Reichskanzler. — Ehe aus Neue die Geschäftsordnungsdebatte anhub, erklärte Präsident Graf Ballestrem den Raum zwischen den Bänken der Mitglieder und der Rednertribüne für „Tabu“, natürlich der Würde des Reichstags halber. Dann ging er Mittag essen; Graf Stolberg nahm den Vorsitz ein und mußte — o Schmerz — als halb ein „prominentes“ Mitglied der Mehrheit, den Reichsparteiler Gamp, rüffeln, weil derselbe den Raum gebrochen und in den geheiligten Raum eingedrungen war, um unseren Genossen Stadthagen mit belanglosen Zwischenrufen zu unterhalten. Stadthagen zerpflückte noch einmal die „Gründe“, welche nationalliberale und national-ultramontane Redner vorgebracht hatten. Die Mehrheit, soweit sie zur Stelle war, beschästigte sich inzwischen damit, die Finanzen des Reichstags-Restaurateurs zu verbessern. Nach Stadthagen sprach mit dankenswerther Entschiedenheit der Führer der freisinnigen Vereinigung, Dr. Barth, der namentlich dem Centrum scharf zu Leibe rückte. Als er sich alsdann mit der gewichtigen Persönlichkeit des Herrn Eugen Richter beschäftigte und Stellen aus dessen Reden gegen die lex Heinze vorlas, wurde der Häuptling der Volkspartei von seinem getreuen Knappen Hermes in den Saal gerufen. Dr. Barth las wieder ein sehr kräftiges Sprüchlein vor, das damals dem Gehege der Bühne des Abgeordneten von Hagen entflohen war. — Ist noch immer meine Meinung“, brummte der Selbstherrscher aller „männlichen“ Freisinnigen. „Nein, heute sind Sie Verräther der Minorität“, rief ihm Bebel zu. Richter fühlte sich getroffen und beschwor zu verschiedenen Malen in jammernd-erregtem Tone, den antretenden Vizepräsidenten Büsing ihn vor Beschimpfungen zu schützen. Endlich that Herr Büsing dem armen Opfer den Willen und rief Bebel zur Ordnung. Als Barth mit einer feurigen Kriegserklärung an die Majorität seine auch von unserer Fraktion mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede geschlossen hatte, verlas Graf Ballestrem, der diesmal sein Diner stark abgekürzt hatte, einen Antrag Singer auf Vertagung. Neben unserer Fraktion unterstützte auch die Vereinigung diesen unseren Antrag; Eugen und die Eugeniden blieben natürlich sitzen. Sodann bezweifelte Singer die Beschlusfähigkeit, zur Vorsicht verließen unsere Abgeordneten alsdann den Saal; mit hämischem Grinsen forderte Richter die um Barth auf, unserem Beispiel zu folgen. — Eine Probe erschien dem Bureau mit Recht unnötig; die Fortsetzung der Berathung wurde auf Montag 11 Uhr vertagt.

226. Sitzung, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf v. Posadowsky. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Abgg. Dr. v. Dziewowski-Boman (Pole) und Gen. betr. ungleichmäßige Behandlung der polnischen Bevölkerung innerhalb des deutschen Reichs.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Der Reichskanzler ist bereit, die Interpellation zu beantworten. Es finden indessen zum Zweck dieser Beantwortung noch Erhebungen statt. Der Reichskanzler wird deshalb dem Präsidenten den Tag mittheilen, an dem er bereit ist, die Antwort zu ertheilen.

Präs. Graf Ballestrem: Damit ist dieser Gegenstand für heute erledigt. Ehe wir in die Berathung des zweiten Punktes der Tagesordnung eintreten, möchte ich einige Worte an das Haus richten. Nach den §§ 60 ff. liegt die Aufrechterhaltung der Ordnung des Hauses dem Präsidenten ob. Infolge dieser mir übertragenen Obliegenheiten bestimme ich Folgendes: Der Raum zwischen den Bänken der Abgeordneten und dem Tisch des Hauses, ferner die zum Podium führenden Treppentufen müssen frei bleiben. Auf den Referentenplätzen zu beiden Seiten der Rednertribüne dürfen nur offizielle Referenten sich aufhalten. Diese Anordnungen habe ich getroffen resp. aufgeführt im Interesse der Würde des Hauses und der Redefreiheit seiner Mitglieder. (Beifall bei der Mehrheit. Unruhe links.) In der Fortsetzung der Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit des Antrages Kardorff hat das Wort

Stadthagen (SD.): Der Antrag Kardorff steht gar nicht auf der Tagesordnung, er ist geschäftsordnungsmäßig unzulässig, nachdem der Präsident widerspruchlos verkündet hat, daß wir in die Berathung der Position 5 des Zolltarifs eintreten. Da wir uns nun aber in der Berathung der Zulässigkeit des Antrages befinden, werde ich Ihnen klar beweisen, daß eine Berathung dieses Antrages ganz unumgänglich ist. Wir haben bereits bei den Minimalzöllen über 9 Nummern des Tarifs einen Beschluß gefaßt

und können nun nicht diesem Beschluß entgegen den Antrag Kardorff annehmen. Es heißt im Abs. 2 des § 1 ausdrücklich: „Die Zollsätze des Tarifs werden nicht herabgesetzt usw.“ Weiter spricht der Antrag von dem Reichstag am 6. Oktober vorgelegten Kommissionsbeschlüssen. Eine Kommission legt dem Reichstag überhaupt nichts vor, sondern nur dem Präsidenten und außerdem hat die Zolltarifkommission erst am 10. Oktober ihre Schlußfassung gehalten. Die vom Abg. Spahn angeführten Präzedenzfälle passen nicht auf die jetzige Situation und beweisen etwas ganz anderes, als was jetzt der Antrag Kardorff bezweckt. Diese en bloc-Aannahme wie sie der Antrag Kardorff will, steht beispiellos da. Die juristischen Deduktionen des Dr. Spahn wären überhaupt unmöglich, wenn nicht die auf's höchste gesteigerte politische Leidenschaft das klare Denken völlig erlösch hätte. Die Behauptung des Abg. Wasseremann, daß die Mehrheit sich in der Nothwehr befindet, beweist am besten, daß die Mehrheit den Antrag für einen Reichsbruch hält. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man wirft uns Obstruktion vor. Aber der Antrag Kardorff bedeutet den Gipfel der Obstruktion. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie sprechen von Dauerreden, die längste Rede dauerte 4 1/2 Stunden und die haben Sie selbst notwendig gemacht durch Ihren Beschluß, 15 Positionen zusammenzufassen. (Abg. Gamp begiebt sich auf die Treppe und unterbricht den Redner durch Zurufe; Auf b. den Soz.: Da dürfen Sie nicht stehen. Große Heiterkeit.) Wenn Sie solche Reden nicht wollen, so ändern Sie doch die Geschäftsordnung: die andern Redner dürfen nur fünf Minuten und Sie selbst 2 Stunden reden. (Weiter.) Die Mehrheitsparteien im Wirtschaftlichen Ausschuss haben viel länger geredet, als wir es hier thun. Sie erklären, Sie seien zu diesem Antrag gezwungen, sonst hätten Sie ihr Ziel nicht erreicht. Wenn ein Dieb sagt, weil ich das Eigenthum des andern nicht auf gesetzlichem Wege erreichen konnte, habe ich zur Nothwehr des Diebstahls gegriffen. Welcher vernünftige Richter würde so einen Mann freisprechen? (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Vertreter des Antrages Kardorff vertreten garricht, wie sie behaupten, die Mehrheit des Volkes. Sie (zur Mehrheit) wollen keine sachliche Verhandlung, weil Sie Ihre Leute nicht zusammenhalten können. Sie waren bisher niemals allein beschlußfähig; unserer Gnade haben Sie es zu verdanken, daß Sie überhaupt schon so weit gekommen sind. Ich bitte den Präsidenten, in der Berathung der Tarifpositionen fortzuführen, in der wir durch diese unzulässige Berathung unterbrochen worden sind. Der Antrag v. Kardorff hätte überhaupt nicht zur Verhandlung kommen dürfen. Schon die Eröffnung der Geschäftsordnungsdebatte über seine Zulässigkeit war eine sehr weitgehende Konnivenz des Präsidenten.

Vizepräsi. Graf Stolberg-Bernigerode: Wenn Sie etwas gegen den Präsidenten sagen wollen, so thun Sie es bitte, wenn er hier anwesend ist. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Stadthagen (fortfahrend): Der Antrag v. Kardorff bedeutet die größte Mißachtung gegenüber dem Reichstage und seinem Präsidenten. Eine Abstimmung über seine Zulässigkeit darf nicht stattfinden. Es würde einen flagranten Bruch der Geschäftsordnung bedeuten. Wenn ein Schwurgerichtsvorsitzender trotz des freisprechenden Verdicts der Geschworenen auf das Einreden einiger Beisitzer das Todesurtheil über einen Angeklagten verkündete, so würde er damit ein schandbares Verbrechen begehen. Ebenso würde ein Präsident handeln, der einen unzulässigen Antrag für zulässig erklärte. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Barth (SPg.): Der Antrag v. Kardorff bedeutet ein Attentat gegen die Wurzeln des Parlamentarismus. Die formalistische Rechtsfrage brauche ich nicht näher zu erörtern. In der „Nationalzeitung“ ist heute früh ein Artikel eines Kammergerichtsrathes Dr. Karsten erschienen, ein Mannes, der auf dem rechten Flügel der Nationalliberalen steht, worin der Antrag v. Kardorff eine Vergewaltigung der allerhöchsten Art genannt wird. (Hört, hört! links.) Das Bemühen einer materiellen Rechtswidrigkeit wehrlos zu unterliegen, muß nicht nur bei der Minorität des Reichstages, sondern auch im Volke ein großes Maß der Entrüstung und des Hasses aufspeichern. (Hört, hört!) Das sagt ein Mitglied des obersten preussischen Gerichtshofes! Es war die Antwort auf ein Verhalten, das ein Mitglied des höchsten deutschen Gerichtshofes mitgemacht hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Winkeladvokat sich vor irgend einem Gericht herausgenommen hätte, derartige Deduktionen zu geben, wie wir sie hier gehört haben, so wäre er sicher wegen Irivolentität unter Anklage gestellt worden. Die Herren der Mehrheit haben ja selbst erklärt, es sei das letzte Mittel, das ihnen übrig bleibe. Das ist genau die Methode, mit der man bisher jeden Staatsstreich begründet hat. (Beif. Zustimmung links.) Das Gedächtniß des Herrn Wasseremann scheint besonders kurz zu sein. Am 20. Oktober hat Herr Sattler verlangt, daß der Tarif zurückgezogen würde. Heute hält Herr Wasseremann das Nichtauslandkommen des Tarifs für ein nationales Unglück. Boller Glückseligkeit verkündet die Zentrums Presse, daß der Reichskanzler sich mit einer Erhöhung des Minimalzolls für Brauereieinverstandener erklärt habe. Das ist der Stolz der Zentrumspartei, dieser Partei für Wahrheit, Freiheit und Brauereie. (Gr. Heiterkeit links.) Dr. Wagem hat gestern versucht, hier die Methode des Kaffeeklatsches in das parlamentarische Leben hineinzutragen. Er hat versucht, die Faltung der freisinnigen Vereinigung in einem Blicke erscheinen zu lassen, von dem er glaubt, daß es uns un bequem wäre. Die freisinnige Vereinigung ist eine aus-

gesprochen freihändlerische Partei. Sie hat von jeher gegen die protektionistische Interessenwirtschaft Front gemacht und will nicht die Arbeiter zu Gunsten einiger weniger Rentenbesitzer besteuert sein. (Sehr richtig! bei der freisinnigen Vereinigung.) Ein Zweifel über unsere Haltung war von vornherein nicht möglich. Wir waren von Anfang an fest entschlossen, alle Kräfte aufzubieten, um den Zolltarif zu Falle zu bringen, und so werden wir auch weiter verfahren. Und wenn man uns sagt, wir marschieren in diesem Kampfe in erster Linie, so ist das der größte Ehrentitel, den man uns geben kann. (Bravo! b. d. Freis. Vereinig.) Man hat auf die Haltung der freisinnigen Volkspartei hingewiesen und auf ihren staatsmännlichen Führer. (Heiterkeit.) Bei der Flottenvorlage waren gerade umgekehrt wir die Staatsmänner und die Parteifreunde des Herrn Richter die ewigen Nörgler. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Soz.) Der Mann, den man heute den Odysseus nennt, wurde damals auch mit einem Namen aus dem Homer bezeichnet, aber nicht mit einem schönen. (Stürmische Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses.) Ich erkenne willig die parlamentarische Bedeutung des Abg. Richter an und so will ich Ihnen erzählen, wie dieser hervorragende Parlamentarier über das, was heute mit dem Namen Obstruktion belegt wird, denkt. Es war in den 20er Jahren. Am 15. März 1900 sagte Herr Richter: Wir halten es für unsere Pflicht, in solchen Fällen auch von ungewöhnlichen und äußersten Mitteln der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen. (Hört! hört! b. d. Soz.) In den Zeiten des Kulturkampfes haben es die Abgg. Windthorst und Malinckrodt noch ganz anders verstanden die Willkür zu schälen. (Abgeordneter L. Hiele (Soz.): Hören Sie, Herr Spahn! Große Heiterkeit. Abg. Richter tritt den Saal.) Jene Meister im Schutze der Minorität durch Handhabung der Geschäftsordnung habe ich noch nicht entfernt erreicht. (Hört! hört! b. d. Soz. Abg. Richter ruft: Das sage ich auch heute noch! Abg. Bebel: Heute sind Sie der Verräter der Minorität! (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Abgeordneter Richter ruft in großer Erregung: Wir werden beschimpft, wir werden vorgesetzt beschimpft! Herr Präsident, ist es gestattet, daß Mitglieder dieses Hauses Verräter genannt werden?!

Vizepräsident Büsing: Ich habe den Ruf nicht vernommen.

Richter: Fragen Sie den Abgeordneten Bebel, was wahr ist, vielleicht leugnet er. (Gr. Unruhe bei den Sozialdem.)

Bebel: Ich wiederhole, Sie haben die Minorität verrathen.

Vizepräsident Büsing ruft nunmehr den Abgeordneten Bebel zur Ordnung. (Abg. Bebel: Ja! ja! Heiterkeit.)

Dr. Barth (Soz., fortsetzend): Herr Vachem hat hier Verdächtigungen ausgesprochen. Wenn diese Verdächtigungen auch irgend eine Substanz hätten, in unserer Haltung zum Zolltarif würde das nichts ändern. (Sehr gut bei der Soz.) Bisweilen über unsere Haltung tangieren uns nicht. Wenn die Sozialdemokratie hier die Politik des Zentrums mitmachen würde, Herr Singer würde am nächsten Tage eine Denuntiation der Mehrheit empfangen können, die ihm einen Vorbeerrang zu Füßen legen würde. (Heiterkeit.) Wir halten den Zolltarif für ein nationales Unglück. Herrn Baasche schauderte vor dem Gedanken, die Kommissionsbeschlüsse könnten Gesetz werden, und er hat doch eine starke agrarische Haut. Die Regierung hat dem Antrag Kardorff nur zustimmen können unter der reservatio mentalis, daß der Tarif gar nicht Gesetz werden sollte. Das Inkrafttreten des Gesetzes ist ja der Regierung überlassen. Es ist ein Schauergericht, auf Grund dessen die Regierung Handelsverträge abschließen will. Für wie Summ muß man die fremden Regierungen halten. (Sehr gut, links.) Die Mehrheit übt mit ihrem Antrag eine Macht, die nicht ungefährlich ist. Es liegt die Möglichkeit vor, daß fremde Regierungen die Handelsverträge kündigen und dann erhält dieser Zolltarif reale Bedeutung, dann würden die vielen in den Kommissionsbeschlüssen enthaltenen ungeheuerlichen Zollsätze tatsächlich Gesetzeskraft bekommen. (Sehr richtig, links.) Was würde geschehen, wenn wir in die materielle Beratung des Antrags Kardorff eintreten würden? Ueber das ganze Werk der Kommission wollen Sie dann sofort die Diskussion eröffnen. Dann müßten die von der Kommission bestimmten Referenten hintereinander sprechen, da ja kein schriftlicher Bericht vorliegt. Zu solchen Abjurkationen gelangt man! (Sehr richtig, links.) Der mit allen Makeln einer nicht legalen Geburt behaftete Antrag Kardorff ist der richtige Ausdruck einer das öffentliche Leben demoralisierenden Interessenspolitik. Als Zeichen die heillose Einwirkung des gleichen handelspolitischen Unsinns auf die öffentliche Moral Frankreichs schilderte, schrieb er: „Halb großend, halb theilnahmlos stand der kleine Mann bei Seite. Heute aber steht der kleine Mann wohl großend, aber nicht mehr theilnahmlos da.“ (Bravo! b. d. Soz.) Und in seinem Interesse wollen wir, daß die Bevölkerung über die verderbliche Vorlage urtheilt. Stimmt sie für Sie (zur Mehrheit), dann mögen Sie den Zolltarif heranzühren. Vorher aber nicht! (Lebhafte Beifall links.)

Singer (Soz.) beantragt Vertagung der Sitzung. Der Antrag wird von den Sozialdemokraten und der freisinnigen Vereinigung unterstützt. (Rärm rechts.)

Gleichzeitig bezieht Abg. Singer die Beifallsbekundung. Die Sozialdemokraten entfernen sich Mann für Mann aus dem Saale. (Rufe rechts: Aha! Aha! Bravo! Gelächter. Lärm.) Abg. Richter ruft dem Abg. Dr. Barth zu: Sehen Sie doch mit hinaus! Abg. Köstler: Wenn der in diesem Augenblicke vorübergeht, erwidert ihm: Wir befolgen nur Ihr Regent! (Lärm.)

Präsident Graf Valleström erklärt, daß er den Zweck des Abg. Singer an der Beifallsbekundung des Hauses theil und beantragt die nächste Sitzung am Freitag 1 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 2 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Mit dunklen Plänen, die durch dunkle Andeutungen vorbereitet werden, läßt sich die Zollernschheit, um um ihre geliebten Zollernschheiten zu retten. So ließ man in einem der Reichstagsreden gewandten Organ, es werde innerhalb der Reichstagsperiode der Gedanke erwogen, doch zunächst eine gründliche Aenderung der Geschäftsordnung vorzunehmen, um das Hausrecht des Präsidenten zu erweitern und ferner eine „unabhängige Rechtsgrundlage“ für die künftige Durchführung des Zolltarifs zu schaffen. „Schaffen“ ist gut gesagt. Es wird damit zugegeben, daß eine solche Grundlage durch den Antrag Kardorff nicht gegeben ist. Die „unabhängige Rechtsgrundlage“ des Abgeordneten mit der Polizei und dem Staatsanwalt. Sie können

von starken „Kaufschmeißern“, die unbecome, sich gegen die Vergewaltigung durch die Mehrheit wehrende Abgeordnete gewaltjam an die Luft zu setzen hätten, welche würdevoller Arbeit hinterher der Staatsanwalt zu folgen hätte durch Erhebung der Anklage wegen Hausfriedensbruchs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Man sieht, die Phantasie der Zollenthusiasten wird immer üppiger! Das ganze nennt sich Wahrung der Würde des Reichstages!

Einen geharnischten Protest gegen den Staatsrecht-Antrag Kardorff erklärt in der „Nationalzeitung“ der Kammergerichtsrath Dr. Karsten, der, wie er selbst sagt, auf dem rechten Flügel der Nationalliberalen steht. Herr Dr. Karsten schreibt in seinem offenen Briefe:

Der „Mehrheitsantrag“ ist eine Vergewaltigung schlimmer Art, seine Unvereinbarkeit wenn nicht mit dem Buchstaben, so doch mit dem Geiste der Geschäftsordnung ist so absolut handgreiflich, daß es schwer hält, solchen, welche das bestritten, noch guten Glauben zu unterstellen und das Bewußtsein, einer mit keinerlei Mitteln zu beschönigenden materiellen Rechtswidrigkeit wehrlos zu unterliegen, muß in den Gemüthern der Minorität, nicht nur des Reichstages, sondern der gesammten Bevölkerung, eine solche gewaltige Menge von Entrüstung, ja von Haß aufspeichern, daß damit geradezu dem parlamentarischen System das Urtheil gesprochen wäre. Glaubt man denn, daß die Folgen ausbleiben würden? Sind die Herren, deren Führung die Fraktionen der Mehrheit folgen, so blind für die Zeichen der Zeit, so taub für die Stimmung der Wählerkreise, daß sie glauben können, es werde nicht ein gewaltiges Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen die Antwort des Volkes bei den nächsten Wahlen sein? Sind sie so gleichgültig dagegen, wenn sie weite Kreise der nicht sozialdemokratischen Wähler, ja selbst viele solche, die in der Sache selbst, um die es sich bei dem Antrage handelt, keineswegs dem Zustandekommen eines etwas agrarischeren Tarifs, als des jetzigen, widerstreben, zu einer tatsächlichen Bundesgenossenschaft mit der Sozialdemokratie geradezu zwingen? Das nackte Unrecht fällt immer auf seine Urheber zurück und es kann auch nicht gerechtfertigt werden durch eine „höhere Nothwendigkeit“ — sicherlich dann nicht, wenn der Weg, die Sache durchzuführen, welche die „höhere Nothwendigkeit“ vom Standpunkte der Mehrheit gebietet, nicht verschlossen ist. Das ist ja der geringe Unterschied der jetzigen Lage der Dinge von derjenigen zur Zeit des Konflikt wegen der Armeekorpsorganisation, und der mehrfach gehörte Vergleich mit dieser paßt wie die Faust aufs Auge. Um der Mehrheit eine Unbecomelichkeit zu ersparen, scheint man sich nicht die Grundlagen einer geordneten parlamentarischen Verfassung einfach zu zerstören! Mit Schmerz und Trauer werden es mit mir viele alte National-Liberale empfinden, daß ihre jetzigen Führer es für zweckmäßig, daß sie es für erlaubt halten, den übrigen Anhängern einer „Verrückung“ auf einem Wege zu folgen, welchen ich nicht anders als einen Weg des materiellen Unrechts bezeichnen kann. Weichretet die national-liberale Reichstagsfraktion diesen Weg, und läßt sie sich auch nicht durch die warnenden Stimmen eigener Anhänger im Lande zur Umkehr bewegen, so bejagt sie damit das Ende und den Zusammenbruch der Partei im Lande — an den Tod ihres großen Gründers und Führers wird sich die Verhöhnung der Partei selbst anschließen, und sie wird diesen Ausgang selbst verschuldet haben.

Die Spahn und Waffermann werden sich diese ungeschwinkte Kritik ihrer volksverrätherischen Haltung sicherlich nicht vor den Spiegel stecken; sie kommt von einem Parteigenossen Waffermann's und muß deshalb gerade die Waffermann'schen Gesellen um so härter treffen.

Ein bürgerliches Urtheil über die Krupp-Nede des Kaisers. Die „Münchener Zeitung“ schreibt: „Was die Mittelstellung des „Vorwärts“ betrifft, die in der Rede des Kaisers einer Nordthat gleichgestellt wird, so ist zum mindesten nicht erwiesen, daß der „Vorwärts“ dolos gehandelt hat. Einer Nord ohne dolus, ohne Ueberlegung gibt es für den Richter nicht. Der „Vorwärts“ hat Gerüchte nationaler Zeitungen publiziert. Daß diese Gerüchte einen Mann wie Krupp trafen, kann an den Umständen der Veröffentlichung nichts ändern. Wir leben in einem Rechtsstaate, in dem der Grundsatz gilt, daß Arme und Reiche vor dem Gesetze gleich viel gelten. Daß der Verstorbenen herzleidend, daß sein persönliches Ehrgefühl seiner Differenzart war, wie das manches anderen Menschen, mag zu dem bedauerlichen Ausgang beigetragen haben. Da indessen hier doch nur von einem unglücklichen Zufall die Rede sein kann, so ist der Vergleich des Nordes eine schwere Beschuldigung, die geeignet ist, große Beunruhigung in weite Kreise Volkstheile zu tragen. Die große Mehrheit des deutschen Arbeiter-Randes gehört der sozialdemokratischen Partei an, weniger aus Haß, wie aus wirtschaftspolitischen Gründen. Der Arbeiter steht, die auch ferner dieser Partei, von der sie eine Verbesserung ihrer Lebenslage erhofft, treu bleiben will, wird durch die kaiserlichen Worte die denkbar schwerste Herausforderung zu Theil. Man mag über das Vorgehen des „Vorwärts“ in der Angelegenheit denken wie man will, auch diejenigen, die es am schärfsten verurtheilen, müssen zugeben, daß keine Berechtigung vorliegt, der Arbeiterpartei, die auch ferner der sozialdemokratischen Partei folgen will, den fürchtbaren Vorwurf zu machen, daß sie dadurch „moralisch gewissermaßen die Mitschuld an ihr Haupt laden“. Eines ist sicher: Die Essener Rede ist aus vielen Gründen tief zu bedauern und die Rathgeber eines Monarchen können nicht oft genug betonen, daß der Autorität nichts schädlicher ist, als eine schwerwiegende Kritik über Dinge, die nicht im geringsten angeklagt sind.“

Der „Vorwärts“ über die Kaiserrede. Der „Vorwärts“ bepricht die Rede des Kaisers und sagt unter anderem: „Unser Kenntniß der Angelegenheit beruht im Wesentlichen nicht auf italienischen Geheimräthen, sondern wir haben sie größtenteils aus gänzlich anders gearteten kaiserlichen Quellen, die abseits von jeder Parteileidenschaft, jedem persönlichen Interesse und jedem politischen

Sasse fließen. Auf Grund dieser Informationen stellen wir mit ruhiger, fester Ueberzeugung die volle Wahrheit unserer Behauptungen fest. Wenn es wahr ist, daß das tragische Ende Krupps mit den seit zwei Monaten befaßten Veröffentlichungen zusammenhängt, dann ist er nicht das Opfer einer böshaflichen Verleumdung, sondern eines der vielen Stellen der des Kaisers Wilhelm II. einfach entgegen, der uns des Nordes, der Niedertracht und Gemeinheit und der Verleumdung beschuldigt.

Aus dem Wahlkreis Liegnitz-Goldberg-Gahnau.

In zwei Wochen — am 11. Dezember — wählt die niederschlesische „Hochburg“ des Freisinn an Stelle des unglücklichen Kaufmann einen neuen Reichstagsabgeordneten. Wie das Resultat sein wird, ist nicht voraussehen, trotzdem es sich um den besten schlesischen Wahlkreis der Freisinnigen handelt. Bei der Hauptwahl 1898 hatten die drei in Betracht kommenden Parteien des Wahlkreises annähernd gleiche Stärke aufzuweisen. Neben reichlich 9000 freisinnigen wurden 7200 sozialdemokratische und fast 7000 konservativ Stimmen abgegeben. Eine geringe Verschiebung der freisinnigen Stimmenzahl zu Gunsten der Sozialdemokraten und der Konservativen würde am 11. Dezember also den Freisinn aus der Stichwahl herausdrängen und dann, bei der „Mannhaftigkeit“ des Freisinn ein Kampf gegen das Junkertum höchstwahrscheinlich dem Konservativen das Mandat verschaffen. Gelingt es dagegen dem Freisinn wieder, in die Stichwahl zu kommen, dann wird er nach Lage der Sache auch das Mandat wieder gewinnen, gleichviel, ob er mit den Sozialdemokraten oder mit den Konservativen die Stichwahl auszukämpfen haben wird. Herr Eugen Richter fürchtet offenbar sehr, daß dem Freisinn die „Hochburg“ Liegnitz-Goldberg-Gahnau verloren gehen könnte und er richtet daher eine wahre Kanonade von Schimpf- und Schmähartikeln sowohl in der „Freisinnigen Zeitung“ wie in einigen schlesischen Blättern seiner Partei gegen die Sozialdemokratie und deren Reichstagskandidaten für den Liegnitzer Wahlkreis. Dieser, Genosse Bruns in Breslau, hat durch die Herausgabe eines Agitationskalenders, der in 100 000 Exemplaren in ganz Schlesien und insbesondere auch im Liegnitzer Wahlkreis verbreitet wurde, den besonderen Zorn Eugens erregt. Vielleicht ist die Furcht der Freisinnigen, den Kreis verloren zu sehen, nicht unbegründet. Wenn die Konservativen, die einen im Kreise ansehnlichen Großbauern und Bezirksvorstehenden des Bundes der Landwirthe, Namens Koerich, aufgestellt haben, eifrig agitieren, dürfte es ihnen gelingen, von den vielen klein- und mittelbäuerlichen Wählern des Kreises, die bisher freisinnig stimmten, manchen in das Lager der Junker hinüberzuziehen. Der bündlerische Kandidat zieht denn auch sein Fahnen mit Flugblättern und Broschüren beladen, von Dorf zu Dorf, nicht um in Versammlungen zu reden — das Neben ist seine schwache Seite — sondern um im Privatgespräch die einflussreichsten Leute des Dorfes für sich zu gewinnen. Einige Wanderredner des Bundes der Landwirthe suchen dann in möglichst geheim arrangierten Versammlungen das Werk der Belehrung zu vollenden. Der Freisinn hat dieser Winterarbeit hauptsächlich den Einfluß seiner Presse entgegenzusetzen, die in den etwa achtzig ländlichen Wahlbezirken des Kreises noch stark verbreitet ist. Dagegen hat der konservative Einfluß den Freisinnigen in manchen ländlichen Orten die Abhaltung von Versammlungen durch Einwirkung auf die Gastwirthe vereitelt, ein Vorgehen, das von den Freisinnigen ebenso scharf verurtheilt wird, wie es von ihnen selbst gern gegen die Sozialdemokratie angewendet wird. Die Sozialdemokraten haben infolge der vereinigten Bemühungen von bürgerlicher Seite denn auch im ganzen Wahlkreis kein Versammlungslokal, mit einer einzigen Ausnahme in dem Städtchen Goldberg. Sie suchen diesen Nachtheil dadurch etwas auszugleichen, daß sie gegnerische Versammlungen besuchen, falls ihnen der Zutritt nicht von vornherein verweigert wird, um dort zu Wort zu kommen. So ist der sozialdemokratische Kandidat in Liegnitz wiederholt in liberalen Versammlungen als Redner in der Diskussion aufgetreten, unter anderem am vorletzten Sonntag in einer im größten Saale der Stadt abgehaltenen überfüllten Versammlung, um mit großem Erfolg den liberalen Gegenkandidaten Justizrath Bohl zu bekämpfen. Im Uebrigen beschränkt sich die Thätigkeit unserer Partei auf die Vertheilung von möglichst kurzen Flugblättern, von welchen in den ländlichen Bezirken, außer dem Agitationskalender, schon zwei verbreitet wurden, während die drei Städte des Wahlkreises erst mit einem Flugblatt belegt wurden. Ob diese Arbeit ausreichen wird, unsere Stimmenzahl stark zu vermehren, muß der 11. Dezember zeigen. Leider kommt zu den hier genannten Schwierigkeiten in der Ausbreitung unserer Ideen noch die starke wirtschaftliche Depression, die in den Städten des Wahlkreises die ohnehin nicht starke Industrie völlig danieder liegen läßt.

Falsche Abstimmungsziffern. Jede neue Abstimmungsliste im Reichstage erweist die Unzulässigkeit des Verfahrens nach der Verfassung. Auch die namentliche Abstimmung am Mittwoch ist verunglückt: es bestehen wieder zwischen den Angaben der amtlichen Abstimmungsliste und den vom Präsidenten verkündeten Abstimmungsziffern Differenzen, wenn sie diesmal auch nicht sehr groß sind. Bei der ersten namentlichen Abstimmung haben sich die Schriftführer um eine, bei der dritten um zwei Stimmen verzählt, und zwar haben gegen den ersten sozialdemokratischen Antrag (Aufhebung der Zölle bei Erreichung eines Preismaximums) nicht 191, sondern 192 Abgeordnete und für den Antrag Baasche (Terminbestimmung) nicht 195, sondern 196, dagegen nicht 75, sondern 76 Abgeordnete gestimmt.

Neue Abstimmungs-Urnen. Für die Abstimmungen nach dem Modus der lex Richthofer sind die bisherigen Urnen durch neue ersetzt worden. Die neuen Urnen sind auf der einen Seite weiß, auf der anderen Seite in einem himbeerfarbenen Rosa angestrichen und in der Mitte durch eine Scheidewand getheilt. Für die blauen Karten „enthaltmich“ ist eine besondere Einrichtung nicht vorgesehen, da dieselben doch nur in geringer Anzahl abgegeben werden.

Für Krupp-Affaire. Verschiedene Blätter bringen die Nachricht, „der wahre Schuldige“ sei der deutsche Maler Alerx, der in Capri eine fürstliche Villa besitzt. Gegen diesen Künstler sei ein Haftbefehl erlassen worden, wenn er sich durch die Flucht entziehen habe. Die Nachricht bedarf noch der Bestätigung; sollte sie wahr sein, so ist damit aber noch lange nicht bewiesen, was offenbar von dem

Mättern bewiesen werden soll, daß nämlich Krupp mit dem entflohenen Klinkler verwechselt worden sei. Ferner bezieht die „Sächs. Arb.-Ztg.“, daß ein alter Parlamentarier, der auf der rechten Seite des Reichstages sitzt (Herr v. Kar-dorf? Red. d. „L. B.“), dieser Lage im Parlamente erzählte, in Berlin habe einmal eine sehr hoch gestellte Persönlichkeit Herrn Krupp den Rath ertheilt lassen, er möge nicht mehr in den Restaurants verkehren, in denen sich notorisch pervers Veranlagte regelmäßig mit den passiven Subjekten ihrer Zuneigung zusammenzufinden pflegten. Beide Quellen werden ja wohl in dem bevorstehenden Prozeß gegen den „Vorn.“ noch besser erschlossen werden.

Reform der Strafgesetzgebung. Auf Veranlassung des Reichsjustizamts ist am Freitag in Berlin die Kommission zur Vorbereitung der Reform der Strafgesetzgebung zusammengetreten. Als Vertreter Sachsens wohnt den Beratungen der Rektor der Universität, Geh. Rath Prof. Dr. Wach bei. Außerdem nehmen theil drei Vertreter Preussens und je ein Vertreter Bayerns, Württembergs, Badens und Elsaß-Lothringens.

Das Gauger Schiedsgericht hat in der Behringseerfrage zu Gunsten Amerikas gegen Rußland entschieden. In den vier zur Entscheidung vorgelegten besonderen Fällen wurden der amerikanischen Partei Entschädigungssummen von 32 444 bezw. 28 588, 38 750 und 1488 Dollars zugesprochen.

Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft hat mit dem Reichskanzler einen Vertrag abgeschlossen, in welchem sie, der „Nationalzeitung“ zufolge, im wesentlichen auf die von ihr bisher besessenen Privilegien und Vorrechte im ostafrikanischen Schutzgebiete, vor allem auch auf das Münzrecht, zu Gunsten des Reiches verzichtet hat. — Am welchen Preis?

Kleine politische Nachrichten. In der Klagesache des Prof. Schmöller gegen den Studenten Woth, der aus des eriteren Kollegien Mittheilungen in der Presse gebracht hatte und darob wegen verletzten Urheberrechtes verurtheilt war, ist die Division des Angeklagten vom Reichsgericht verworfen. — In der Redaktion des Berliner Anarchistenblattes „Nouveau Leben“ und bei dessen Redakteur, Gladatsch, wurde am 26. v. Mts. von der politischen Polizei eine Hausdurchsuchung vorgenommen und die Nummer 40 des genannten Blattes wegen eines in der Zeitung enthaltenen, die „Spiegel“ überschriebenen Artikels, worin die Polizei wegen der Ueberwachung der Maßnahmen gegen die Anarchisten verschiedene Vorwürfe gemacht werden, beschlagnahmt. — Im italienischen Parlament brachte die Sozialisten einen Gesetzesentwurf zur Verminderung der militärischen Ausgaben ein. — Der ehemalige stellvertretende Präsident von Transvaal Schalk Burger sowie die Burendelegirten Wessels, Wolmarans und Devilliers haben am Sonnabend von London aus die Rückreise nach Südafrika angetreten. — Der Sultan von Marokko wurde in der Nähe von Mequinez von Zemmurkablern angegriffen. Es gelang ihm, dieselben zu zerstreuen, doch scheint sein Marsch nach Abat hierdurch Verögerung zu erleiden. — Wie das Generalkonsulat von Kolumbien in Hamburg in einer an den Hamb. Corr. gerichteten Zuschrift bestätigt, ist der Bürgerkrieg in Kolumbien, nachdem die Luftständischen in Panama kapitulirt haben, beendet. — An der Nordostgrenze von Afghanistan hatten sich bekanntlich jüngst die Waziris erhoben. Wie nunmehr das „Neuerliche Bureau“ melden kann, hatte die gegen diese aufzuehrenden Bergvölker ausgesandte englische Strafexpedition eine heilsame Wirkung. Viele Waffen und viel Vieh wurde erbeutet, 202 Gefangene gemacht, 25 Mann getödtet und verschiedene Dörfer zerstört. — Zur Klärung von Schanghai wird dem „Standard“ aus Schanghai gemeldet: Die britische Garnison hat Befehl erhalten, Schanghai am 20. Dezember zu räumen.

Schweiz.

Der Genfer Dienstverweigerungsprozeß. Am Freitag wurden vor dem Kriegsgericht die Verhandlungen im Prozeß gegen die Dienstverweigerer geschlossen. Im Ganzen wurden ausgesprochen: 28 Monate Gefängniß und 13 Jahre Ehrverlust.

Frankreich.

Der Ausstand der Seeleute in Marseille. In einer von 3500 Ausständigen besuchten Versammlung gelangte am Freitag eine Erklärung des nationalen Verbandes der Syndikate der Seeleute zur Verlesung, in welcher es heißt, falls der Konflikt nicht binnen 5 Tagen geregelt sei, werde seitens des Verbandes die Aufforderung zum Generalausstand ergehen. Die Versammlung beschloß, bis zur völligen Befriedigung ihrer Forderungen im Ausstand zu verharrren und jede Einmischung politischer Persönlichkeiten abzulehnen. Die Zahl der Dampfer, die bereits Sonnabend außer Dienst gestellt war, betrug 39. In Cherbourg haben die Quaiarbeiter Sonnabend Mittag ebenfalls die Arbeit eingestellt, und auch in Gette sowie Port Louis weigern sich die Hafenarbeiter, Marseiller Frachtdampfer zu löschen.

Der Schiedspruch im Bergarbeiterstreik. Der Präsident des Kassationshofes Ballot-Beaupre hat Freitag seinen Schiedspruch über den Streik der Bergarbeiter im Loirebezirke gefällt. Er befriedigt, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, die wesentlichsten Forderungen der Arbeiter, indem er die bisher auf 3 pCt. festgesetzte Zuschlagsprämie auf den Lohn für die letzten sechs Monate auf 5 und für die weiteren sechs Monate auf 4 pCt. festsetzt; fowie den Bezug der dreiprozentigen Prämie weiterhin bis 1904 sichert. Die Minengesellschaften werden durch einen Zusatz zum Schiedspruch ferner verpflichtet, die Kompetenz des Bundeskomites der Bergarbeiter-Syndikate anzuerkennen, was sie bisher abgelehnt hatten.

Holland.

Kolonialbestialitäten sind das unvermeidliche Zubehör der kapitalistischen Kolonialpolitik. Auch die Kammer hat sich damit zu beschäftigen und unser Genosse van Kol hat den Kolonialschwärmern bereits ein großes Sündenregister vorgehalten. Wie um diese Kritik durch neues schwerwiegendes Material zu unterstützen, hat der anti-revolutionäre Advokat J. van den Brand zu Medan in Deli unter dem Titel „Die Millionen aus Deli“ ein Buch herausgegeben, worin uns geradezu entsetzliche Gewaltthaten niederländischer Herren gegen arme Indier und Chinesen mitgetheilt werden; so z. B.: Eine javanische Frau wurde, weil sie sich geweigert hatte, ihrem weißen

Vorgesetzten zu Willen zu sein, für zwölf Stunden in der Stellung des gekreuzigten Christus an einen Pfahl gebunden, und zwar nackt, und dabei wurden ihr . . . (folgt die Beschreibung einer ekelhaften und schrecklichen Prozedur, deren Wiederholung sich aus Anstandsgründen verbietet). Der Vorgesetzte, der diese Schandthat angeordnet hatte, wurde dafür bestraft — man versekte ihn nach einer anderen Pflanzung. Kauf chinesische Arbeiter, die den Versuch machten, ihrem Arbeitgeber zu entlaufen, wurden dafür mit biden Bambusstöcken geprügelt, daß Rücken und Seiten ganz und gar wund waren. Der Herr, der den Befehl dazu gab, ist niemals verfolgt worden. Eine Frau, welche die Nachtruhe eines Verwalters gestört haben sollte, wurde an einen Pfahl gebunden und so mit einem Stock geschlagen, daß ihre Schenkel zu „einer großen widerlichen Eiterwunde“ wurden. Das ist auf der Pflanzung einer großen Tabakgesellschaft geschehen. Auf einer Kaffeepflanzung in Sarbau wurden von dem Kontrolleur in einer Scheune, die als „Hospital“ diente, zwei Savanen, acht javanische Frauen und eine Leiche gesandt. Diese lag schon 24 Stunden dort. Der Administrator überließ diese Menschen ohne Essen und Trinken ihrem Loos und kam nur mal, um nachzusehen, ob sie denn noch nicht todt wären, sein Mißfallen darüber ausdrückend, daß es noch nicht so weit mit ihnen war. Der Verfasser erklärt, daß diese Zustände nur durch die Kult-Ordnungen möglich werden, und meint, daß diese Kult-Ordnungen, die ja auch von unserem Parteigenossen van Kol aufs Schärfste verurtheilt werden, mit den „christlichen Grundsätzen“ im Widerspruch stehen. Aber da es mit den „christlichen Grundsätzen“ wohl vereinbar ist, seine Mitmenschen auszubeuten und zu quälen, wird eben Alles beim Alten bleiben.

Spanien.

Studentenunruhen fanden Freitag in Barcelona statt. Die Studenten protestirten gegen eine Ministerordre, wonach der Religionsunterricht in spanischer Sprache zu ertheilen sei. Die Gendarmerie drang in die Universität ein. Mehrere Studenten und ein Professor wurden bei den Zusammenstößen mit der Polizei verwundet. Die Universität wurde bis auf Weiteres geschlossen.

Philippinen.

Die Kämpfe auf den Philippinen leben immer wieder auf, so oft auch von Washington aus versichert wird, daß die Inseln vollständig unterworfen seien. Neuerdings wird gemeldet: Eine Abtheilung amerikanischer Polizeitruppen wurde von Marodeuren auf Samar angegriffen. Der befehlsführende Offizier der Truppe wurde getödtet. Auch wirtschaftlich läßt die Entwicklung zu wünschen übrig. Das fortgesetzte Fallen des Silberpreises ruft schwere Erschütterungen im Geschäftsleben hervor.

Wochen- und Nachbargebiete.

Montag, den 1. Dezember 1902.

Ein Sturmloch gegen den 8 Uhr-Ladenschluß wird nunmehr anlässlich der Aufhebung der Verordnung von vorgedachten Seiten unternommen. In verschiedenen Eingangsblättern machen diese angeklagten Reiter des kleinen Mittelstandes ihrem bedrängten Herzen Luft. Ein Einsender im „S.-M.“ schürt zur Begründung seiner den 9 Uhr-Ladenschluß befürwortenden Meinung sogar das „Interesse der Allgemeinheit“ vor. Anscheinend verwechselt dieser Herr das vermeintliche Interesse der für den späteren Ladenschluß schwärmenden Gewerbetreibenden mit dem Interesse der Allgemeinheit. Ein anderer Einsender meint, daß mit ihm viele Detailliten den 9 Uhr-Ladenschluß wünschen. Wir müssen dieser Meinung entschieden widersprechen. Noch kürzlich wurde uns von dem Inhaber eines hiesigen größeren Geschäfts erklärt, daß er und mit ihm viele Geschäftsleute sehr mit dem 8 Uhr-Schluß einverstanden seien. Das Geschäft habe keine Schädigungen durch den früheren Schluß erlitten, vielmehr sei im Gegentheil infolge der Erparung an Licht, Feuerung u. c. ein, wenn auch nur geringer, Vortheil zu verzeichnen. Das ist ja auch ganz erklärlich! Das Publikum wird eben die notwendigen Bedarfsartikel auch dann kaufen, wenn die Läden statt um 9 um 8 Uhr geschlossen werden. Doch noch ein anderer Umstand kommt bei dieser Frage in Betracht. Die Handelsangelegten haben nach den gesetzlichen Bestimmungen, sofern es sich um Handlungsgehülfsen handelt, eine efriständige Ruhezeit zu beanspruchen. Wenn nun die Läden erst um 9 Uhr geschlossen werden, dann dürfen diese nicht vor 8 Uhr Morgens ihre Beschäftigung wieder aufnehmen. Da aber viele Geschäfte bereits um 7 Uhr Morgens öffnen, so müßte also entweder eine in vielen Fällen gar nicht durchzuführende Arbeitstheilung vorgenommen werden oder diese Geschäfte dürfen erst um 8 Uhr öffnen. Es liegt also auch wesentlich im Interesse der Handelsangelegten, daß der 8 Uhr-Ladenschluß wieder eingeführt wird. Hinzu kommt noch, daß auch das Publikum gar keine Aenderung des bisherigen Zustandes wünscht. Der 8 Uhr-Ladenschluß hat sich also bei uns allgemein eingebürgert. Deshalb halten wir es für unbedingt erforderlich, daß man, ungeachtet des unternommenen Sturmloches, so bald wie nur irgend möglich eine neue Umfrage veranstaltet, damit nach der unzweifelhaft erfolgten Annahme des früheren Geschäftschlusses abseiten der Gewerbetreibenden der bisherige Zustand wieder herbeigeführt werden kann. Im alleseitigen Interesse ist eine Beschleunigung dieser Angelegenheit dringend geboten.

Reden ist Silber, Schweigen ist Gold, so heißt anscheinend auch der Herr Senator Dr. Flug. Wie unseren Lesern noch in Erinnerung sein dürfte, wurde vor einigen Wochen seitens des Herrn Bog, Hausbesitzer in der Holstenstraße, die Behauptung aufgestellt, daß innerhalb der letzten beiden Jahre seitens des Staates keinerlei Unterhandlungen eingeleitet worden seien, um dem heutigen Zustand der zum Gespött aller Fremden gewordenen Holstenstraße ein Ende zu bereiten. Ferner wies Herr Bog bekanntlich darauf hin, daß ihm beim Ankauf seines Hauses seitens eines Senators gesagt worden sei, der Senat denke gar nicht daran, Häuser in der Holstenstraße wegzubereitern anzukaufen; vielmehr sei einem von Grundeigentümern der gen. Straße mit dem Angebot ihrer Häuser beauftragten Malter der schriftliche Bescheid zu Theil geworden, daß der Staat in Anbetracht der mißlichen Finanzlage auf die Verbreiterung nicht eingehen könne. Da man nun allgemein der Ansicht vom Senat durch gelegentliche Meinungen und halbhohezeitige Zeitungsnotizen befestigten Meinung war, daß die Verbreiterung der Holstenstraße an den hohen Forderungen der dortigen Grundeigentümer scheitern müsse, so gaben wir

der Erwartung Ausdruck, daß seitens des Senates und insbesondere von Seiten des Herrn Senators Dr. Flug als Hauptbetheiligten an dieser Angelegenheit eine energische Zurückweisung der Angaben des Herrn Bog erfolgen würde. Es sind nun aber bereits seitens des Senates nach irgend einer Richtung hin Aufklärung in dieser Angelegenheit gegeben worden. Da keine Antwort auch eine Antwort ist, so müssen wir demnach annehmen, daß die Angaben des Herrn Bog den Thatsachen entsprechen. Der Senat hat also während der letzten beiden Jahre trotz aller Klagen und Beschwerden in Bezug auf die Holstenstraßen-Angelegenheit die Hände in den Schooß gelegt und zwar jedenfalls mit Rücksicht auf die mißliche Finanzlage. Wenn aber letztere der Hauptgrund für die Unthätigkeit gewesen ist, dann können wir es mit unserem beschränkten Unterthanenverstand nicht begreifen, daß man nicht auch bei anderen Gelegenheiten, z. B. bei Bewilligung von nicht geringen Summen für die Hauptversammlung des Kolonialvereins und für Nacht- und Kennklubs auf diese mißliche Finanzlage Rücksicht genommen hat. Hier wäre die Sparsamkeit weit eher am Platze gewesen, als bei der im Interesse des Verkehrs und des Ansehens unserer Stadt so notwendigen Regulierung der Holstenstraße. — Was mag wohl die Bürgererschaft zu diesem Verhalten des Senates sagen???

Weihnachtsmarkt. Anträge auf Anweisung von Verkaufsständen auf dem diesjährigen Weihnachtsmarkt sind an den Werttagen vom 1. bis zum 16. Dezember d. J. in der Zeit von Vormittags 9 bis 12 Uhr und von Nachmittags 3 bis 7 Uhr im Polizeibureau zu stellen.

Der Verkauf von Tannenbäumen zum Weihnachtsfest findet vom Mittwoch den 17. bis zum Mittwoch den 24. Dezember d. J. auf der Parade statt. Anträge auf Platzanweisung für Verkaufsstände sind vom 1. bis 16. Dezbr. d. J. Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 7 Uhr im Polizeibureau zu stellen.

Aufgehobenes Konkursverfahren. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kolonialwarenhändlers Harms ist nach erfolgter Schlußvertheilung aufgehoben worden.

Personalien. Der Senat hat beschlossen, die Unterlooten J. G. D. Lüders und C. D. Ch. Köhler in Genehmigung ihrer hierauf gerichteten Gesuche und zwar zum 1. Mai 1903 in den Ruhestand zu versetzen. — Der Senat hat Arthur Scharrf an Stelle des auf seinen Antrag entlassenen G. H. M. Jäde zum bürgerlichen Deputirten bei der Behörde für Wohnungspflege (Wohnungspflege) erwählt. — An Stelle des auf seinen Antrag entlassenen Taxators J. G. Schütz ist der Maurermeister G. J. F. Uter zum Taxator der städtischen und der vorstädtischen Brand-Inspektions-Kasse ernannt worden.

Wegen Verzichtwendung entmündigt worden ist der ehemalige Gutsbesitzer, jetzt beschäftigungslos J. M. Pini, früher in Hamburg, dann in Gutin wohnhaft, jetzt im Galtshaus zum Heiterkrug in Lübeck sich aufhaltend. — Wie unseren Lesern wohl noch bekannt sein dürfte, kennzeichneten wir vor einigen Wochen in einer Notiz das Treiben jenes Herrn in Gutin.

Stadt-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Am Montag findet die Erstaufführung des Lustspiels „Im bunten Rock“ statt. Dienstag geht „Carmen“ zum 2. Mal in Szene.

Wegen Sittenverbrechens erhielt am Sonnabend der wegen gleichen Verbrechens schon mehrfach vorbestrafte Schlosser Brahmstädt aus Kostock 2 Jahre Gefängniß und 3 Jahre Ehrverlust. Er hat am 12. und 26. Oktober auf dem Lindenplatz unzüchtige Handlungen vorgenommen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

pb. Gärdenbrand. Gestern Mittag entstand im ersten Stof des Hauses Engelsgrube 78 ein Gärdenbrand, der bereits beim Eintreffen der Feuerwehr durch Hausbewohner gelöscht war. Das Feuer wurde durch ein mit schwedischen Streichhölzern spielendes fünfjähriges Kind verurursacht.

Gutin. Zum Ergebnis der Gemeinderatswahl ist noch mitzuteilen, daß die Wahlbetheiligung infolge des Eingetretens unserer Genossen in die Wahlbewegung eine sehr rege war; von 729 eingetragenen Wählern übten nämlich 516 — ea. 70 Proz. — ihr Wahlrecht aus. Die Radikale (Nationalliberale) vereinigten folgende Stimmenzahl auf ihre Kandidaten: Rechtsanwalt Böhrker 125, Oeffermann 138, Neßls 124, Wahlbeck 84 und Hegge 90 Stimmen. Die geschlossene Liste unserer Partei erhielt 179, die des Bürgervereins 117 Stimmen. Die Wahl unseres Genossen Hebenstorf ist ohne Frage nur mit Hilfe vieler bürgerlicher Stimmen erfolgt, wie auch von der auf Genossen Ziemer entfallenen Stimmenzahl manche Stimme dem bürgerlichen Lager entkammt. Recht unangenehm berührt wird Herr Schlossermeister Hammerich von dem Ausfall der Wahl sein. Trotzdem sein Name mit auf der Liste des Bürgervereins stand, ist er dennoch mit 144 Stimmen unterlegen. Das ist die Antwort der Wähler auf die von Herrn Hammerich beliebte Verächtlichmachung unserer Partei. Trotz des Umstandes, daß unsere Genossen nur einen ihrer Kandidaten durchbekommen haben, ist das Resultat der heurigen Gemeinderatswahl für uns als ein äußerst befriedigendes zu bezeichnen.

Gnitau. Bei der Gemeinderatswahl ging die von unseren Genossen aufgestellte Liste glatt durch, die Betheiligung war eine sehr starke. Von 76 abgegebenen Stimmen erhielten Tischlermeister Latendorf 67, Maurer W. Kleinfeldt 56 und Landmann Sorgenfrei 53 Stimmen. — Es scheint nach dem Ausfall dieser Wahl, als wenn die Arbeitererschaft Gnitau wieder etwas mehr Interesse an den Wahlen zeigt. Dieses ist umso mehr mit Freuden zu begrüßen, als wir bei der Landtagswahl bei pflichtgemäßer Betheiligung der Arbeitererschaft unsere beiden Kandidaten durchgebracht hätten. Hoffentlich bleiben die Gnitauer Arbeiter jetzt auf dem Posten und agitiren recht kräftig für die kommende Reichstagswahl, damit wir bei dieser zum Siege beitragen können.

Obesloe. Bei der Wahl eines Stadtverordneten an Stelle des zum Stadtrath gewählten Herrn Ch. Weerds gaben von 530 Wahlberechtigten 82 ihre Stimme ab. Es erhielten: Schuhmachermeister Ehr. Jürgen 77, Fabrikant Himmel 1, Weber Blum 1, Bildhauer Behmkuhl 2 und Stellmacher Bagt 1 Stimme. Ersterer ist somit gewählt.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Maler in Hamburg haben, nachdem die Innung den 1899 vereinbarten Tarif gestündigt hatte, einen neuen Tarif mit der Innung abgeschlossen. Derselbe fest für die Zeit vom 1. April 1903 bis 1. April 1906 einen Mindest-Stundenlohn von 60 Pfg. fest. Der Ausschlag für Leiter- und Gerüstarbeit fällt jedoch weg. — Die Zimmerer und Maurer in Hohenstedt (Holstein) haben sich in gemeinsamer Versammlung mit ihren Meistern auf einen DurchschnittsStundenlohn von 36 Pfg. geeinigt. Die

Gesellen hatten von den Meistern auch Verkürzung der Arbeitszeit gefordert.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Geflüchtet ist nach Unterschlagung von 2800 Mk. der bei der Sterbelasse der Großen Arbeiter-Krankenkasse in Hamburg ange- stellt gewesene Rechnungsführer Hamel. — Die Frau, welche wie gemeldet, in Hamburg durch Verabfolgung von Abtreibungsmitteln den Tod eines jungen Mädchens herbeigeführt haben soll, ist verhaftet worden. Die Frau, Namens Dreger, erklärt, an dem Tode des Mädchens un- schuldig zu sein. — In Warin ertrank ein 13-jähriges Mädchen beim Glittchen auf der nur dünnen Eisdecke des Sees. — Aus Wittmund (Hannover) liegt folgende Mitteilung vor: Freitag sind in dem benachbarten Orte Reepens drei Schulkinder im Alter von 8—14 Jahren, zwei Knaben und ein Mädchen, die sich auf dem Heimwege aus der Schule befanden, durch das Eis gebrochen und ertrunken.

Altona. Ist eine Tellerjammung eine Kollekte? Diese Frage ist zu wiederholten Malen von den Polizeiorganen bejaht und von den Gerichten mehr- fach verneint worden. Auf's neue ist dies vom Schöffengericht zu Uetersen gesehen und dies Urtheil dann vom Altonaer Landgericht bestätigt worden. Die Ursache dazu bildet die Thatsache, daß ein Schneidermeister in Uetersen in einer sozialdemokratischen Versammlung be- antragte, eine Tellerjammung vorzunehmen. Der An- trag wurde angenommen und zur Ausführung gebracht. Dadurch sollte unser Genosse gegen eine Regierungsver- folgung verstoßen haben, wonach die Veranstaltung einer Kollekte von der Ertheilung einer polizeilichen Genehmi- gung abhängig gemacht wird. Ebenso wie das Schöffengericht zu Uetersen, gegen dessen Urtheil die Staatsanwalt- schaft Berufung eingelegt hatte, erkannte das Altonaer Landgericht auf Freisprechung. Das Gericht vertrat den Standpunkt, daß unter einer Tellerjammung keine Kollekte verstanden werden dürfe, und die Vereins- und Versammlungsfreiheit, wie solche durch das Gesetz vom 11. März 1850 gewährleistet werde, illusorisch gemacht würde, falls die unter polizeilicher Aufsicht in öffentlicher Versammlung gefaßten Beschlüsse abhängig sein sollten von der Regierungsermächtigung betreffend Veranstaltung einer Kollekte. Dem Angeklagten wurde Erlaß der per- sönlichen ihm durch das gerichtliche Verfahren erwachsenen Ausgaben durch die Staatskasse zugesprochen. Ob nun die Polizeibehörde in Uetersen durch diese Erkennt- nisse wohl eines Besseren belehrt sein wird?

Kiel. Furchtbare Qualen erduldeten fünf See- leute von der Besatzung des im Jehuarcan und verantern Feuer- schiffs zurückerfahren. Unterwegs kenterte, wie wir bereits kurz gemeldet haben, das Fahrzeug, doch gelang es den tüchtigen Schwimmern, das kieloben treibende Boot zu er- fassen und sich daran festzuklammern. Sie riefen laut um Hilfe, doch kein Schiff näherte sich. Es war zwei Uhr Nachmittags, als das Unglück eintrat. Die Sonne sank, noch immer trieben die fünf Männer in der eisig- kalten Fluth. Tiefe Finsterniß trat allmählich ein, keine Hilfe nahte. Endlich nach fünf Stunden fuhr der Ham- burger Dampfer „Johanna“ in unmittelbarer Nähe der

Schiffbrüchigen vorüber. In ihrer Todesangst setzten sie ihre letzte Kraft ein, um die Aufmerksamkeit der Besatzung auf sich zu lenken. Sie hatten Erfolg; die „Johanna“ drehte bei und nahm die gänzlich Erschöpften an Bord. Ihr Zustand war bejammernswerth. Der Lotse Hugo Hansen gab kurz nach seiner Rettung den Lebend- Solkanau, wo sie der Dampfer landete. Man hofft, daß ärztliche Kunst und gute Verpflegung die Aermsten zum Leben erhalten werden.

Bremen. Sechs Sozialdemokraten mehr! Das ist das Endergebnis der am Sonnabend zu Ende ge- gangenen Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft. Im Ganzen haben wir, nachdem am Sonnabend noch die Genossen Rose und Weigand gewählt worden sind, in 8 Bezirken den Sieg errungen, jedoch waren zwei dieser Bezirke bereits in unserem Besitz, sodasß der neu hinzu- gekommene Gewinn sich auf sechs Mandate beläuft. Außer- dem sind die Sozialdemokraten an sechs Stichwahlen be- theiligt, von denen mehrere für uns die günstigsten Chancen darbieten. Die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerschaft ist demnach auf 17 Mit- glieder angewachsen. Ein Bravo unseren Bremischen Genossen, die so tapfer gekämpft haben! Möge der Aus- fall dieser Wahlen ein gutes Omen für die kommenden Reichstagswahlen bedeuten, damit auch diese mit einem Siege der Sozialdemokratie endigen! Hoffentlich sind dann alle 3 Hansestädte in voller Einmüthigkeit im Reichstage durch Sozialdemokraten vertreten!

Bremen. Trafekner Schulzustände in Bremen. Unter dieser Spitzmarke findet sich folgendes Eingekandt im Sprechsaal der „Brem. Nachrichten“: Wegen Platzmangels wurden die beiden Tiefbauklassen des Technikums in neu hergerichteten Räumen des ehemaligen Dragonerstalls von den Schülern „Wanzenburg“ genannt, untergebracht. In einem Räume von etwa 35 qm sollen 17 Schüler und 1 Lehrer, also 18 Personen, arbeiten. Rechnet man Abends noch 7 Gasflammen dazu, so ergibt sich folgendes: Eine Gas- flamme verbraucht etwa 6 Mal so viel Luft als ein Mensch; dies macht aus, als wenn 60 Menschen in dem Räume leben sollten, oder nach Kubikmetern gerechnet bei 3,5 m Raumhöhe rund 2 cbm Luftmenge per Schüler. Wird nun Abends geheizt, so herrscht dort, wo der Lehrer vorträgt, eine solche Hitze, daß derselbe vor Trockenheit des Gaumens kaum sprechen kann. Dagegen ist es in den anderen Theil vor Kälte kaum auszuhalten. Ventila- tion ist ebenfalls keine vorhanden. Die Regen- niederschläge ziehen durch die Wände hin- durch, lösen die Decke ab, welche so stets feucht erhalten werden. Als vor einigen Wochen eine Dachrinne ihren Dienst versagte, drang sogar das Regenwasser, da der Fußboden tiefer als die Erdoberfläche liegt, von außen ein und schwamm auf dem Fußboden. Ganz besonderer Vorzüge erfreut sich die 2. Tiefbauklasse. Die eine Wand ihres Schulraumes wird von außen als Pissoir benutzt; die dabei liegenden zwei Klosett- anlagen für 150 Schüler sollen nicht weiter er- dert werden. Soll die Klasse mit Hilfe der Fenster ge- lüftet werden, so kann man sich alles Weitere denken.

Soll dagegen die Thür geöffnet werden, so strömt vom benachbarten Chemie-Zimmer Chlor- oder Schwefelwasserstoffgas = Geruch herein. Letzterer war vor einiger Zeit so enorm, daß der Unterricht in der 1. Tiefbauklasse unterbrochen werden mußte. — Das sind ja ganz nette Zustände! Auf ein solches Technikum kann Bremen wirklich stolz sein!

Letzte Nachrichten.

Elbing. Beim Kentern eines Fischer- bootes ertranken am Sonnabend Vormittag in der Ditt- see zwei Fischer, während zwei andere noch gerettet wer- den konnten.

Glogau. Erschossen. Der „Neuen Niederschlesischen“ Zeitung zufolge hat im benachbarten Uebelzrub der Ar- beiter Hoffmann, augenscheinlich im Delirium tremens seine sechzehnjährige Tochter erschossen und sich selbst tödtlich verlegt.

Leipzig. Ein verheerender Brand vernichtete die Lager- und Fabrikräume der großen Tabakfirma Kreller u. Co., der Schaden, wenn auch durch Versicherung gedeckt, ist groß. Zahlreiche Arbeiter sind infolge des Bran- des leider brodlas geworden.

Sölingen. Drei Schulknaben, die trotz allen Warnungen sich Freitag Nachmittag auf dem morschen Eise eines Teiches vergnügten, brachen ein und ertran- ten, ehe ihnen Hilfe gebracht werden konnte.

Kölnen. Das Schwurgericht verurtheilte den Maler Synbon, welcher den Finanzmann Lucian David erschößt (wir haben f. Bt. über das Drama berichtet. Red.), zu zehn Jahren Zwangsarbeit.

Newyork. Fünfzehn Personen ertranken. Der Dampfer „Silvanus“ ist auf dem Erie-See bei einem heftigen Sturm gesunken. Die 15 Mann zählende Be- satzung ist ertrunken.

Chicago. Durch eine Kesselexplosion, die in der elektrischen Station der Fleischverpackungs-Gesell- schaft von Swift erfolgte, wurden 7 Personen getödtet und 20 verletzt; 2 Personen werden noch vermisst.

Montreal. Eine furchtbare Feuersbrunst wüthet nach Berichten aus Nat Portage am Lake of the Woods in Kanada. Dem Feuer fielen bereits Lagerbestände von 25 Millionen Kubikfuß Bauholz, eine Schiffswert, sechs Dampfer, zwei Segelschiffe, elf Wohn- häuser sowie mehrere Lagerhäuser zum Opfer. Frauen und Kinder ziehen fort, um sich in Sicherheit zu bringen, während die Männer den noch unverletzten Theil der Stadt zu retten suchen.

Lübeker Martztreise vom 29. November.

Bauern-Butter Pfd. 1,20 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk., Gafen Stk. 2,80 Mk., Enten Stk. 2,70 Mk., Gähner Stk. 1,70 Mk., Küten Stk. 1,40 Mk., Lauben Stk. 0,60 Mk., Gänse Pfd. 65—70 Pfg., Flockgans 3,00 Mk., Schweinskopf Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 1,10 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 6 Stk. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1.— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Für die Unterstüzung, welche ich von den Kohlenarbeitern des Dampfers „Gratia“ erhalten habe, sage hiermit meinen besten Dank.
J. Haraldson.

Logis für junge Leute billig
Kaiserlichmiedelstraße 13.

Am 1. Januar
die Wohnung Klappenstraße 29
zu vermieten.

Gesucht ein Laufbursche außer der Schulpflicht.
C. Nielsch, Engelsgrube 91

Eine Krankenkasse (G. S.)
sucht für Lübeck und Umgegend noch Vertreter.
H. u. H. S. T. Postlagernd Lübeck erbeten.

Zu verkaufen ein dunkles Damen-Winter- Jackett, passend für schlanke Figur
Dornstraße 26 a.

Ein kleiner eisener Ofen
zu kaufen gesucht
Große Erpelgrube 18.

Arbeiter-Notiz-
Kalender 1903
Für Arbeiter:
Berliner Gewerkschaftszweigs und in der Nachwahl gewählte sozialdemokratische Abgeordnete.
Geb. 60 Pfg., Forts 10 Pfg.
Inhaltlich-Auszug:
Rechtswahl-Ergebnisse mit Beschlüssen. — Sozialdemokrat. Abgeordnete in der Reichstag. — Was ist die Arbeiterbewegung? — Was muß der Arbeiter von der Reichstag erwarten? — Was ist die Arbeiterbewegung? — Ortsnützliche Tagesblätter.
Gewerkschaftliche Hygiene:
Neuere Streikstatistik 1890—1891. Abhandlung der Gewerkschafts-Organisationsfrage. — Die Leistungen der deutschen Gewerkschaften. — Der Schachthauer der Erde. — Die Mitgliederzahlen der deutschen Gewerkschaften. — Ein Wort an die Gewerkschaften.
Die der Zeit gilt für den Arbeiter.
Gewerkschaften und Partei
ein praktisches und verständliches
Nachschlagewerk.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung.
Verlagsgesellschaft Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 61.

Zum Weihnachtstisch
empfehlen:
**Bilderbücher,
Märchenbücher
etc. etc.**
in großer Auswahl.
Bilderbücher schon von 10 Pfg. an.
Für Vereine und Gewerkschaften, welche Kinderbescherungen veranstalten, sind obige Sachen besonders geeignet und gewähren den- selben einen hohen Rabatt.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.
Sämmtliche Sachen sind auch durch unsere Kolporteurs zu beziehen.

Ein starkes, fest neues Fahrrad
Hauptkappe halber zu verkaufen
Glockengießstraße 6, Hinterhaus.
Gummischuhe werden gut und billig reparirt in der
Mechan. Schnell-Besohl-Anstalt.
Ausspielen
(auf einem Tischbillard)
von
fett Gänsen, Karpfen etc.
am Dienstag den 2. Dezbr.
im
Restaurant Aug. Krüger
Goltzstraße 37.

H. Schreiber, Techniker
Wahnstrasse 8, 1. Etage,
— Früher: Holstenstrasse 32. —
Ihren reinigten . 1,50,
Federn einsehen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30
Aug. Böttner,
Uhrmacher,
Goltzstraße 32.
Spar-Club „Unter uns“.
General-Versammlung
am Mittwoch den 3. Dez., Abends 8 1/2 Uhr,
bei F. Leeke, Lederstrasse 3.

Achtung!
Flussschiffer!
Mitglieder-
Versammlung
am Mittwoch den 3. Dezember
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/53
Tages-Ordnung wird in der Versammlung be-
kannt gemacht.
Der Vorstand.
Verband der Fabrik-, Land-, Hülf-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlfstelle Lübeck)
Versammlung
am Dienstag den 2. Decbr.
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/53
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Fragekasten.
3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.
„Stadt Stockholm“
Engelsgrube 87.
Verstehen
von
**fetten Gänsen, Karpfen
und Rauchfleisch**
am Mittwoch den 3. Dezbr. 1902
Anfang 10 Uhr.
Einsatz 50 Pfg., wofür 3 Schiffe.
Es ladet ergebenst ein
J. Westendorf.
„Stadttheater“
Dienstag den 2. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr.
65. Borst. 58. Abom. Borst. 10. Dieztags-Ab.
Carmen.
Große Oper in 4 Akten von Bizet.
Mittwoch: Zu bunten Rock.

Verantwortlicher Redakteur für den germanischen Theil der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Umgebung“, sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stellung. — Verleger: Theodor Schwarz und Sohn, Friedr. Meyer & Co. — Druckerei in Lübeck

Die Herren Streifbrecher.

Jene traurigen Individuen, die sich dazu hergeben, Arbeitsbrüdern, die für eine Besserstellung ihrer Lebenslage eintreten, in den Rücken zu fallen durch Streifbrecherdienste, erfreuen sich bekanntlich der ganz besonderen Gunst unserer Unternehmer in Stadt und Land. Sogar die Regierungen haben unendlich viel Liebe und Sympathie für diese Sorte Landeslinder übrig, wie der famose Buchhausgeschenkwurf bewies, mit dem die Regierung abgeblitzt ist.

Man trieb — theilweise auch heute noch — die Verhättselung dieser Menschen so weit, daß ein paar scharfe Worte, die ein ehrlicher Arbeiter einem solchen Individuum da und dort in gerechter Empörung an den Kopf warf, mit hohen Strafen belegt wurde. Schutz den Streifbrechern (Arbeitswilligen) war die Parole.

Man können aber bald alle Monate von diesen Lieblingen der herrschenden Klassen Dinge berichtet werden, die auch dem Blindesten offenbaren werden, welche Geistes- und Charakterkinder die Herren Streifbrecher sind. Vor einiger Zeit wurde von dem seiner Zeit berühmt gewordenen Streifbrecher Wüstemann berichtet, daß er ohne jede Veranlassung einen Offizier schwer mißhandelte. Ein neuer Fall hat sich in Berlin zugetragen.

Der Klempner Karl Moser, der, wie wir dieser Tage meldeten, am Sonntag vor acht Tagen vormittags in einem Berliner Bankgeschäft einen Raubmordversuch unternahm, ist ein bekannter Streifbrecher.

Moser ist im Juli dieses Jahres von Chemnitz nach Berlin gekommen, um hier bei dem Klempnermeister Schwarz in der Linienstraße 154c, wo die Arbeiter sich im Ausstand befanden, die schimpfliche Rolle eines Streifbrechers zu übernehmen. Er versah seine Aufgabe mit einer Niedertracht, die selbst unter für den Staat besonders nützlichen Elementen nicht alle Tage vorkommen dürfte. Nachdem er einige Tage bei der Firma gearbeitet hatte, kam er eines Morgens mit verbundenem Arme in der betreffenden Fabrik an und verkündete dortselbst, daß er von den Ausständigen überfallen und mit Salzsäure begossen worden sei. Diese Nachricht war von Anfang bis zu Ende aus den Fingern gesogen, aber sie bot der auf Streifbrecherischung eingerichteten Polizei Gelegenheit, eine Anzahl der Ausständigen festzunehmen. Nachdem Moser wieder hergestellt war, stellte die Firma Schwarz ihn trotz seiner moralischen Minderwertigkeit wieder in ihren Betrieb ein, sie entließ ihn dann jedoch bald, weil er in seinem Fache durchaus untüchtig war. Dieselbe Polizeibehörde, die sich seiner Zeit des Mordbuben so annahm, um ihn vor dem „Terrorismus“ zu schützen, muß wiederum mit dem Menschen sich beschäftigen. Diesmal aber, um andere Leute vor seinen Mordergelüsten zu schützen. Ja, die Arbeitswilligen.

Uebel und Nachbargelüste.

Montag, den 1. Dezember.

Anlässlich der Bewilligung von 600 Mark an den Verein zur Unterstützung armer Reisender und Beseitigung der Hausbettelei wird uns von einem unserer Leser, der viel mit armen Reisenden zu thun hat, folgendes geschrieben: „Man spricht immer von den Wohlfahrts-Einrichtungen des Staates“ und lobt dieselben über den Schellendaus. Hier aber hat man nur 600 Mark übrig für einen Verein, der sich die Unterstützung der armen Reisenden als Ziel gesteckt hat. Recht sonderbar aber muß es berühren, daß diese 600 Mk. die letzte Unterstützung an den Verein darstellen. Was sollen dann die armen Reisenden anfangen? Betteln dürfen sie nicht und ein Stadtgeschick wird hier für die Folgezeit nicht verabsolgt. Die Leute sind also direkt zum Betteln gezwungen und dabei fallen sie in den meisten Fällen der Polizei in die Hände. Gehen doch z. B. im Winter Schutzleute in Zivil nur auf die Bettlerjuche aus. Sind aber die Reisenden einmal im Gefängnis gewesen, dann sind sie

In den Mienen.

Roman von R. Orth.

42. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Du mußt fort, Maub“, sagte Morgan. „Auf der Stelle mußt Du abreisen, denn ich könnte Dir auch nicht eine Stunde länger für die Sicherheit Deines Lebens bürgen.“

„Wann hätte ich solche Bürgschaft jemals von Dir verlangt, Morgan? Wenn Du mein Leben für bedroht hältst, in wie großer Gefahr muß dann das Deine sein! Und Du kannst mir nicht anfinnen wollen, daß ich Dich gerade in einem solchen Augenblick verlasse.“

„Nach es mir nicht zu schwer, Lieb!“ hat er. „Wenn es nicht Dein Wunsch ist, Dich und mich zu Grunde zu richten, so tritt unverzüglich Deine Reisevorbereitungen. Es liegt mir außerordentlich viel daran, daß Du noch den Bierhugzug nach Philadelphia benutzen kannst.“

Es blieb ihr nichts anderes übrig, als seiner Weisung zu folgen; aber in ihrem Inneren stand bereits fest, daß sie nicht gehen würde. Während sie sich den Anschein gab, ihren Handkoffer für die Reise herzurichten, lauschte sie in atemloser Spannung auf die raschen Mittheilungen, die ihr Morgan machte.

„Das Urtheil in dem Mordprozeß von Rauch Chunt wird noch heute gesprochen werden“, sagte er, „und es ist bereits außer Zweifel, daß die Geschworenen beide Angeklagte des Mordes schuldig erklären werden. Das bedeutet für Campbell und Huel den Tod.“

„Aber jagte nicht Michael Lawler noch gestern, daß der Prozeß mindestens eine Woche dauern würde?“

„So lange und vielleicht noch länger würde er gewährt haben, wenn alle von Bartholomew und seinem ehrenwerten Kollegen vorgeladenen Entlastungszeugen vernommen worden wären; aber nach einer Depesche, die Kapitän Gowen sahen

leider nur allzu häufig der Bagabondage verfallen und kommen schließlich aus dem Gefängnis gar nicht wieder heraus. Man sollte meinen, daß der Staat für Wohlthätigkeitszwecke doch mehr übrig hätte; allerdings ist für jeden Pomp, sowie für Kenn- und Nachtlubs Geld genug vorhanden. Auch wenn einmal ein guter Nachgar zu uns kommt, dann merkt man nichts von der schlechten Finanzlage. Offenlich wird angefaßt der traurigen Verhältnisse seitens des Staates mehr als bisher für Wohlthätigkeitszwecke gethan.“

Literarischer Volksabend. Die literarische Gesellschaft „Lübecker Lesende von 1890“ wird am Sonntag, den 14. Dezember, ihren zweiten literarischen Volksabend veranstalten. Derselbe wird dem großen, volkstümlichen Dichter Fritz Reuter gewidmet sein. Für den Abend ist ein berühmter Hamburger Künstler gewonnen worden. Wir möchten nicht verfehlen, alle Freunde der Literatur schon jetzt auf diese bevorstehende Veranstaltung aufmerksam zu machen.

Das **Panorama** stellt in der nächsten Woche die zweite, ganz neue Serie Tirol aus. Für wen hätte dieser Name nicht einen angenehmen Klang? Wecht er doch in uns die vom poetischen Zauber umflossenen Vorstellungen von spiegelnden, bergumkränzten Seen, tosenden Wasserfällen, schauerlichen Schluchten, hochragenden Bergriesen, sanften, groß- und träuerreichen Wäldern und freundlichen Dörfern und Städten. Doch leider ist es stets nur einer verhältnismäßig geringen Zahl von Menschen vergönnt, diese Naturwunderheiten in der vollen, herrlichen Wirklichkeit schauen zu können. Mit großer Freude muß daher begrüßt werden, daß das Panorama eine Reihe von 50 Ansichten vorführt, wie sie wohl der genialste Landschaftsmaler nicht zu erreichen vermag. Der Besuch darf daher mit vollem Recht auf das eindringlichste empfohlen werden.

Hamburg. Eine Versammlungsauflösung. Wie bereits gemeldet, wurde am Dienstag Abend eine von bürgerlicher Seite einberufene öffentliche Frauenversammlung aufgelöst, weil sich die Referentin, Fräulein Poggendorf nach Ansicht des überwiegenden Theiles nicht an die Tagesordnung gehalten haben soll. Dieselbe wollte über das „Hamburger Vereinsgesetz und die Frauen“ sprechen und kritisierte hierbei die Thätigkeit der Polizeibeamten. U. a. sagte die Referentin: „Im Stadthaus, wo man oft auf die einfachsten Fragen erst nach längerem Hin und Her Auskunft erhalte, scheinen die Beamten ihre Hauptbeschäftigung im Frühstücken und Beinebaumen zu theilen.“ Als sie nun in ihrer Kritik fortfuhr, löste der Beamte die Versammlung auf. Nach den vorliegenden Meldungen der Blätter ist übrigens das Verfahren des Beamten gesetzwidrig. Er hat nach dem Gesetz zunächst, wenn er glaubt, Anlaß zur Auflösung zu haben, die Vorsitzende zu ersuchen, die Versammlung zu schließen, und darf erst dann, wenn dies verweigert wird, selbst zur Auflösung schreiten. — Bemerkenswert sei noch, daß die Vorgeschichte dieser Versammlung eine recht interessante ist. Ursprünglich von dem Hamburger Zweigverein der internationalen Föderation als öffentliche Versammlung angemeldet, in der Frau Katharina Schepens-Dresden ein Referat über die „Zweite Brüsseler Konferenz und die Reglementierung der Prostitution“ geben sollte, verfiel diese Versammlung dem polizeilichen Verbot. Folglich darf in Hamburg über Bordelle nicht gesprochen werden, weil es nach Ansicht „maßgebender“ Herren solche in der Altstadt nicht giebt.

Altona. Der christliche Eisenbahnerverband verboten. Der Verband deutscher Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter ist, wie bereits kurz gemeldet, sicherem Vernehmen nach in Altona von der königlichen Eisenbahndirektion verboten worden. Auf Anweisung der Inspektion haben eine Anzahl Bedienstete auf „Ehre und Gewissen“ ein Schriftstück unterzeichnen müssen, der oben genannten Organisation nicht anzugehören und in Zukunft nicht beizutreten. Die Organisation ist eine Gründung der Zentrumspartei, und die hervorragendsten Angehörigen derselben, wie die Brodvertheurer Dassbach, Cahensly, Euler und andere sehr christliche Sozialpolitiker sind seine Hintermänner. Ihren Bemühungen ist es gelungen, die Mitgliederzahl bis auf 32000 zu bringen. Die Mitglieder setzen sich zum allergrößten Theil aus Werftstättenarbeitern

zusammen, die wiederum aus den Handwerkern der Privatbetriebe hervorgehen und dort schon mehr oder weniger mit der modernen Arbeiterbewegung in Berührung gekommen sind. Die Mitgliederzahl ist der beste Beweis, wie sehr diese Kategorie von Eisenbahnbediensteten sich dem Geiste der Zeit anpassen und nur das Doppelspiel der geistigen Führer verdammt diese Organisation auf Unthätigkeit. Der „Eisenbahner-Verband“, wie er kurz genannt wird, war nämlich die einzige Eisenbahner-Organisation, die sich der besonderen Gunst des Exministers v. Thielens zu erfreuen hatte, und zwar deshalb, weil dieser Verband als Gegenorganisation des auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung errichteten Verbandes der Eisenbahner Deutschlands (Sitz Hamburg) diente. Neuerdings scheinen die Herren im Ministerium nun begriffen zu haben, daß dieses Gegenmittel seinen Zweck verfehlt. Kann man dem in B. d. E. D. organisierten Eisenbahnern verdenken, wenn sie sich ebenfalls dem vom Minister protegirten Verband anschließen und nun versuchen, den neuesten Anschauungen der organisierten Arbeiterklasse Eingang zu verschaffen? Wie uns von zuverlässiger Seite berichtet wird, ist der Fortschritt des B. d. E. D. nur darauf zurückzuführen, daß auch dieser von dem Schutze des „geduldeten“ Eiser-Verbandes profitirte. Mit der Zeit wird der Eiser-Verband mehr und mehr von Angehörigen dieses Verbandes durchsetzt und in die richtige Strömung hineingetrieben werden. Schon auf der letzten Generalversammlung dieses „geduldeten“ Verbandes in Bremen kam es zu stürmischen Kundgebungen anlässlich der Arbeitszeitverkürzungen und der damit verbundenen Lohnreduzierungen, die die Folge des Sparerklasses waren. Hierzu kommt noch die Stellungnahme des Zentrums im Reichstage zur Zolltarifffrage und die abermalige Ablehnung der Petition im Landtage. Diese Petition wurde bisher immer als Lodemittel benutzt, denn ihre Hauptforderung bildete die Verleihung des Beamtencharakters nach einer 10jährigen Dienstzeit. Mit der Erklärung des Geh. Ober-Regierungsrats Hoff, daß die Regierung diesen Wunsch niemals erfüllen wird, fallen auch all die schönen Versprechungen der Leiter dieses Verbandes in sich zusammen, und sie stehen schließlich da, wie der Rohgerber, dem die Felle fortgeschwommen sind. — Das Verbot der königlichen Eisenbahndirektion zu Altona scheint aber noch eine andere Ursache zu haben. Vor nicht langer Zeit war der Verbandsvorsitzende Peter Holz in Altona anwesend, um eine Ortsgruppe zu gründen. Der Herr ließ seiner Phantasie freien Lauf, und es waren durchaus keine Schneiseleien, die er der Verwaltung sagte. Es wurde ihm aber zu verstehen gegeben, daß er, wenn er bei der Direktion Altona angestellt wäre, keinen Tag länger an der Bahn bliebe, denn mit solchen remittenten Köpfen macht die Altonaer Direktion kurzen Prozeß. Dieses hat sie ja im Jahre 1897 bei der Gründung des B. d. E. D. bewiesen, indem sie strupplos eine Anzahl „Mißliebiger“ auf's Pflaster warf. So auch jetzt! Offenbar befürchtet die königliche Eisenbahndirektion Altona, daß die Lehren des Peter Holz hier auf allzu fruchtbaren Boden fallen, denn auch in Wilhelmshagen hat eine Nachfrage nach Anhängern des Peter Holz stattgefunden. Die Bevölkerung in Norddeutschland steht eben nicht unter dem Einfluß der Kapläne, wie dieses in der Heimath des Herrn Peter Holz der Fall ist. Diese Erfahrung wird die königliche Eisenbahndirektion Altona auch schon gemacht haben.

Schleswig. Zum kommunalstankandal. In der am Donnerstag abgehaltenen Stadiverordnetenversammlung wurden die Entlassungsgesuche der anlässlich des Stankandal zuerst aus dem Kollegium ausscheidenden fünf Stadtverordneten genehmigt. In der folgenden Sitzung der Stadtkollegium machte der Stadtverordnete Hamfeldt wiederum Versuche, die bekannte Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Der Sitzung aber folgte dem Beispiel der brodmacherischen Mehrheit im Reichstage und schmitt durch Uebergang zur Tagesordnung dem pflichtgemäß handelnden Greife das Wort ab. Damit haben jene Leute sich selbst gerichtet. Die Bevölkerung aber steht zum weitesten größten Theil auf Seiten des Herrn Hamfeldt und ist ihm dankbar für seine Enthüllungen. — Die ersten Erjatzwahlen sollen bereits am 16. und 17. Dezember stattfinden; man kann auf den Ausgang derselben gespannt sein.

Rostock. Wie die „oberen Schichten“ die natürlich, wenn sein Verdacht auf mich fiel. Die Depesche, die dem Kapitän Gowen durch einen anderen Agenten Wintertons zugegangen ist, warnt mich ausdrücklich vor der Rache der Molly Maguire.“

Er hatte das in ruhigem Tone gesprochen, Maub aber hielt tobtetbleich in ihrer bisherigen erzwungenen Beschäftigung inne.

„Und trotzdem hast Du daran, hier zu bleiben? Nein, das kann nicht im Ernst Deine Absicht sein. Du wirst mich begleiten.“

„Nein, meine Pflicht gebietet mir, auf meinem Posten auszuharren, bis auch das Letzte gethan ist. Die Berichte zweier Gruppen stehen noch aus und mit ihnen die Aufklärung über einen vor drei Monaten in Mahanoy Plane verübten Mord. Es wäre eine Feigheit und ein Vortbruch, wenn ich ihr Eintreffen nicht abwarten wollte, ehe ich auf meine Sicherheit bedacht bin.“

„Aber sie werden Dir nicht Zeit lassen, darauf zu warten, Morgan — diese Unmenschen werden Dich ermorden.“

„Hst — nicht so laut! Ich glaube nicht, daß sie sich auf eine bloße Anklage hin einschließen werden, mich ungehört zu verdammen. Und wenn ich nur Zeit gewinne, mich zu verteidigen, so habe ich für den Augenblick nichts mehr zu fürchten. Noch ist mein Ansehen bei ihnen zu groß, und ich kenne die Mittel, deren man sich bedienen muß, um ihnen zu imponiren. Gestingt es mir, eine Frist von drei oder vier Tagen zu erhalten — und ich weißes kaum, daß es mir gelingen wird — so darf ich den Mienenbezirk mit dem Bewußtsein verlassen, meine Mission vollständig erfüllt zu haben. Denn unmittelbar nach dem Eintreffen jener letzten Berichte wird in einer und derselben Stunde die Verhaftung aller Wärterträger der Molly-Maguire und aller derer erfolgen, die an der Ausführung eines Verbrechens als Anführer oder Thäter betheiligt waren. Dann ist Pennsylvania mit einem Schläge von der furcht-

empfang, haben diese wackeren Anwälte des Rechts nach dem Ergebnis des heutigen Verhandlungstages selbst auf jede weitere Beweishebung verzichtet.“

„Das ist seltsam. Und weißt Du auch, wodurch sie bestimmt wurden?“

„Ich weiß es allerdings, denn ich darf es wohl zu einem guten Theil als mein Verdienst betrachten, daß sie dazu gezwungen wurden. Ich selbst habe ja während dieser vierzehn Tage alle Verhandlungen mit Bartholomew geführt. Ich konnte bis in die kleinsten Einzelheiten das fein gewonnene Gewebe von Lug und Trug, mit dessen Hüffe die Angeklagten ihrer Strafe entzogen werden sollten. Alle diese sorgfältig vorbereiteten und einstudierten Zeugenaussagen, denen die Geschworenen nach der Ansicht der Herren Bertheidiger wohl oder übel Glauben schenken mußten, wenn sie durch ein paar Duzend falscher Eide bekräftigt worden waren, erfuhr der Staatsanwalt in Rauch Chunt von mir durch Gowens Vermittelung schon vor Beginn des Prozesses. Da war es ihm denn natürlich heute ein Leichtes, das ganze Lügengewebe mit einem einzigen Schläge zu zertrümmern. Die beiden ersten Entlastungszeugen, deren Vernehmung bereits erfolgt war, sind auf der Stelle unter dem dringenden Verdacht des Meineids verhaftet worden; auf das Verhör der übrigen haben die Bertheidiger alsdann aus freien Stücken verzichtet. Und was sie auch immer jetzt noch zu Gunsten ihrer Klienten versuchen mögen, an ihrem Schicksal können sie nichts mehr ändern.“

„Dies Ergebnis des Prozesses aber hastest Du doch wahrscheinlich vorausgesehen, Morgan! Und ich verstehe nicht, weshalb es Dich mit einer so dringenden Sorge um mein Leben erfüllt.“

„Der Staatsanwalt ist in seinem Eifer offenbar nicht mit der Vorsicht zu Werke gegangen, die um meinetwillen wünschenswert gewesen wäre. Bartholomew muß die Ueberzeugung gewonnen haben, daß seine Klienten wie er selbst die Opfer eines Verraths geworden sind, und es wäre nur

Aus Nah und Fern.

Eine Zeugenaussage, die Hände spricht. Aus Hirschberg in Schlesien wird der Berliner „Volkstg.“ berichtet: Wegen Unterdrückung und Beiseitenschiebung von Urkunden im Amte hatte sich der Amtsgerichtssekretär A. Barthel aus Hermsdorf u. R. vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten.

Deutscher (Oberst). Zu acht Jahren Zuchthaus wurde vom Schwurgericht die Fleischerweibersfrau Hunger verurtheilt. Die Frau hatte am 19. September auf dem Wochenmarkt in Wipine im Verlaufe eines Streites ihren Schweigerjohn durch einen Messerstich getödtet.

Ein notwendiger Verein. Um einem „tiefstüftigen Bedürfnis“ abzuhelfen, sind mehrere Damen und Herren in Berlin, welche einem gefährdeten Menschen schon das Leben gerettet, dieser Tage zusammengetreten, um einen „Verein der Lebensretter“ ins Leben zu rufen.

Leipzig. Todesurtheil. Das Schwurgericht verurtheilte den Schlosser Behner wegen Ermordung der Irddlerin Lory zum Tode, den 13jährigen Schmiedbauer Stroppe wegen Mithäterlichkeit zu 15 Jahren Gefängniß.

Altenburg. Wieder einer! Das Schwurgericht verurtheilte den Fabrikbesitzer und Bankagenten Grünert-Schmalz, welcher im Frühjahr nach Unterjochung von 40000 Mk. flüchtete und in Amerika verhaftet wurde, wegen betrügerischen Bankrotts und vorgerichteter Unterschlagung von Bankgeldern an der Landesbank u. zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Hannover. Bei einem Brande, der das Hauptgebäude der Baumwollspinnerei zum großen Theile zerstörte, verunglückte ein Feuerwehrmann.

Ein bemerkenswerther Beschluß. Das gegen den Münchener Schriftsteller Raibel wegen Majestätsbeleidigung eingeleitete Verfahren wurde eingestellt. Das Landgericht stellte in geheimer Sitzung zwar fest, daß sich das „Nordlandereise“ überschriebene Gedicht zweifellos auf den deutschen Kaiser bezog, beschloß aber zuweilen auf Antrag des Staatsanwalts selbst, Raibel außer Verfolgung zu setzen, da eine Verurtheilung vor dem erkennenden Schwurgericht nicht zu erwarten sei.

„Kriem anderen als Dir würde ich ihn mittheilen, ehe die Stunde der Vergeltung da ist. Es ist Michael Lawler.“ „Michael Lawler?“ wiederholte sie, auf's äckerste betroffen. „Dein Freund und Beschützer? Der Mann, dem Du es allein zu verdanken hast, wenn Du so rasch zum Ziele gelangen konntest?“

„Kriem O'Connor neigte bräunend das Haupt. „Das Schicksal selbst hat ihn zum Werkzeug meiner Rache gemacht. Aber die Zeit vergeht. In einer halben Stunde spätestens müssen wir ausbrechen.“

„Kriem was ist an seiner Brust, und indem sie ihre Wangen zärtlich an seine Schulten schmiegte, flüchelte sie: „Daß mich bei Dir bleiben, Morgan! — Laß mich auch die Gefahren dieser letzten Tage noch mit Dir theilen! Und wenn es nicht anders sein kann, so laß mich mit Dir sterben!“

„Kriem hat sie nicht mehr, sondern vollendet: schweigend ihre einfachen Reisevorbereitungen.“

„Kriem machte ein etwas erschrockenes Gesicht, als er empfand, daß sein unruhiger Gast auf eine oder zwei Wochen nach Bassano zurückkehren wolle, um dort einige wichtige Angelegenheiten ihres Bruders zu ordnen; aber hatte weder

urtheilung herbeizuführen, was zu hübschen Betrachtungen über die Rechtsicherheit im lieben Vaterlande verleitet.

Ueber die Gefährlichkeit der Ohrfeige. Professor Haug aus München stellt seine Beobachtungen zusammen, die er in dreihundert Fällen von Ohrverletzungen durch Ohrfeigen machen konnte. Zumeist wird mit der rechten Hand geschlagen und dabei die linke Ohrgegend getroffen. Eine Verletzung der Ohren kommt hierbei nur dadurch zustande, daß sich verschiedene Momente vereinen. Denn nicht immer tritt das unglückliche und ungewollte Resultat einer Ohrverletzung ein. Es sind auch nicht die heftigsten Schläge, die diese ungeahnte Rückwirkung hervorrufen.

Eine sonderbare Statistik wird im „Petit Provençal“ veröffentlicht. Ein Statistiker hat ausgerechnet, daß es bis zum Jahre 1886 auf der Erde 2550 Könige und Kaiser gab, die 74 Völker beherrscht haben. Natürlich ist nur von wirklich erst zu nehmenden Monarchen die Rede, nicht von jenen Zaunkönigen, deren „Reich“ kaum mit dem Mikroskop entbedt werden kann.

Eine Geschlechtsung im Löwenkäfig erfordert nicht nur einen besonderen Muth der Betheiligten, sondern auch gewisse Charaktereigenschaften, zumal es sich um eine Schaustellung handelt. Der Fall spielte sich jüngst in New York ab. Ein Menageriebesitzer hatte einen Preis von 2100 Mk. für dasjenige Paar ausgeschrieben, das in einem Käfige, in dem sich mehrere der größten und in der Dressur nicht weit gebieghen Löwen befanden, trauen lassen würde.

Hamburger Marktbericht.

Table with 2 columns: Butter quality and price. Hamburg, 28. November. I. Qualität Mt. 107—114 II. Qualität „ 100—106 Ferner: Fehlerhafte und holst. Bauernbutter 95—99 Schlesw. und holst. Bauernbutter 78—84 Russische und ähnliche 100—105 Galizische 84—88

Gesetze direkt mit Fäken treten, ersticht man daraus, daß vor einigen Tagen eine von 150 Studenten besuchte Versammlung eine Resolution annahm, in welcher der Kriegsmi nister erlucht wird, auf eine Verminderung der Rüstenduelle hinzuwirken.

Soziales und Parteileben.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Kopslau (Elbe) wurden vier Parteigenossen und drei Hausbesitzer gewählt.

Dem Beirath für Arbeiterstatistik ist vom Reichstanzler ein neuer Antrag, betreffend den Nachweis von Arbeitsvermittlung zugegangen. — Die Protokolle über die Verhandlungen des Beiraths für Arbeiterstatistik vom 22. Oktober d. J. sind nunmehr offiziell ausgegeben worden. Die Protokolle enthalten den Bericht über die bisherige Thätigkeit der Abtheilung für Arbeiterstatistik, den Entwurf einer Geschäftsordnung des Beiraths, die Bestellung von Berichterstattern für die Erhebungen über die Arbeitszeit im Büchsenfabrikats- und im Fuhrergewerbe, die weitere Behandlung der Erhebung über die Arbeitszeit der Gehilfen und Lehrlinge in solchen Kontoren des Handelsgewerbes, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, und die Erörterungen über die Herausgabe einer monatlichen Zeitschrift durch die Abtheilung für Arbeiterstatistik.

Ein Prinzipienfall von weitgehendem Interesse beschäftigte das Schöffengericht in Erfurt. Dem Barbierherrn Hermann Schäfer war ein polizeiliches Strafmandat in Höhe von 10 Mark zugegangen, weil er am 17. August, eines Sonntags, nach dem um 2 Uhr Nachmittags erfolgten Lebensschluß in seinen Geschäftsräumen einen Herrn rasirt und somit sich der Uebertretung der Gewerbeordnung und der Verfügung des Regierungspräsidenten vom 20. März 1895 schuldig gemacht habe.

Auch eine „Bedrohung“. Ueber die Spielwaarenfabrik von Hasselbacher in Gütlich war wegen Lohnhöherungen die Sperre verhängt. Die Metallarbeiter Köhler, Schererberger und Knapp begeben sich zu dem Metallarbeiter Ottinger, der für die gesperrte Firma Heimarbeiten leistete, und suchten ihn zu veranlassen, die Thätigkeit für Hasselbacher einzustellen.

Die Armut in London. Die neueste amtliche Statistik über die Armut in der Metropole des britischen Reiches dürfte für unsere Sozialpolitiker eine preisvolle Ueberschau sein. Am mit der „Times“ zu lesen: „Die Statistik für die erste Novemberwoche offenbart eine Lage der Dinge, wie sie in manchen Einzelheiten beispiellos dasthet in der Geschichte des Banperismus, die, amtlich-statistisch gefaßt, bis auf das Jahr 1857 zurückreicht. In keiner korrespondirenden Woche dieser (30jährigen) Periode waren die Armenhäuser so gefüllt wie jetzt. Die Zahl der außerhalb dieser Anstalten sich befindlichen Armenbeschäftigten war schon seit dem Jahre 1877 nicht so hoch.“ Die Gesamtzahl der in der ersten Novemberwoche von der Armenverwaltung unterstützten Personen betrug 108153.

„Kriem andere als Dir würde ich ihn mittheilen, ehe die Stunde der Vergeltung da ist. Es ist Michael Lawler.“ „Michael Lawler?“ wiederholte sie, auf's äckerste betroffen. „Dein Freund und Beschützer? Der Mann, dem Du es allein zu verdanken hast, wenn Du so rasch zum Ziele gelangen konntest?“

„Kriem O'Connor neigte bräunend das Haupt. „Das Schicksal selbst hat ihn zum Werkzeug meiner Rache gemacht. Aber die Zeit vergeht. In einer halben Stunde spätestens müssen wir ausbrechen.“

„Kriem was ist an seiner Brust, und indem sie ihre Wangen zärtlich an seine Schulten schmiegte, flüchelte sie: „Daß mich bei Dir bleiben, Morgan! — Laß mich auch die Gefahren dieser letzten Tage noch mit Dir theilen! Und wenn es nicht anders sein kann, so laß mich mit Dir sterben!“

„Kriem hat sie nicht mehr, sondern vollendet: schweigend ihre einfachen Reisevorbereitungen.“